Donnerstag, den 10. November 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang — Nr. 264

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Noch sind nicht alle November vorbei!

Die Revolutionsfeier der Breslauer Arbeiter.

Noch ist der Geburtstag der Republik in Preußen nicht offizieller Feiertag, noch glaubt das Bürgertum den Sturz der alten Gewalten des halbabsolutistischen Preußen Deutschlands ignorieren zu können, aber die Arbeiterklasse hat den Tag der Revolution nicht vergessen und bei uns in Breslau am gestrigen Abend in würdiger Weise gefeiert. Erstaunt und ein wenig aus dem Gleichmut des täglichen Lebens geschreckt, blickten in ihrer Ordnungsliebe gekränkte Spießer und indifferente Klassengenossen auf die langen Züge, die mit ihren roten Bannern und Musik nach dem Gewerkschaftshaus zogen, das schon lange vor dem angesetzten Zeitpunkt derart überfüllt war, daß nicht nur der kleine und große Saal zusammengelegt und im Restaurant eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte, sondern noch viele hunderte zu spät gekommene Besucher zum Umkehren gezwungen waren.

Der Festredner des Abends, Genosse Max Adler-Wien, sprach zuerst nach einigen Einleitungsworten des Genossen Krumm in der Parallelversammlung, die ihn mit brausendem Beifall lohnte und begeistert in das von Genossen Krumm ausgebrachte Hoch auf die sozialistische Internationale einstimmte. Im großen und kleinen Saal wickelte sich inzwischen nach einigen Begrüßungsworten des Genossen Eckstein der erste Teil des Festprogramms mit einem Orchestervortrag aus der Sonate pathétique von Beethoven, die vom Z.d.A.-Orchester gespielt wurde, und einer überaus gelungenen Sprechchor-Aufführung der Arbeiterjugend ab. Das Maschinenstürmerlied wurde von den jungen Genossinnen und Genossen mit einer mimischen wie deklamatorischen Ausdrucksfähigkeit gegeben, die über die tastenden Versuche aus der Anfangszeit des proletarischen Sprechchors hinaus bereits zu einer wirklichen und lebendigen, in der Seele der arbeitenden Masse wurzelnden Kunstform geführt hat und zum künstlerischen Sinnbild der Bewegung wurde. Unter den vielen sich hier zeigenden darstellerischen Talenten sei besonders die Wortführerin der Mädchengruppe Genossin Berndt hervorgehoben.

Nach einem Chorgesang des Volkschors Breslau betrat Genosse Adler unter lebhaftem Beifall die rotausgeschlagene, in den Saal vorgeschobene Tribüne und erinnerte in seiner fesselnden Festansprache an die Befreiung der Arbeiterschaft von den Fesseln der dynastischen Unterdrückung, der an diesem Tage in ganz Deutschland gedacht wird, an die unbesiegbare Macht, die in den mitteleuropäischen Monarchien noch im Oktober 1918 scheinbar verkörpert, einen Monat später aber schon in ihrer inneren Hohlheit und historischen Ueberlebtheit zusammengebrochen war. Diese Befreiung aus der Tyrannis der auf Galgen und Bajonetten, aber nicht mehr auf wirklichen gesellschaftlichen Machtfaktoren ruhenden überlebten absolutistischen Herrschaftsformen hat nicht nur seine Bedeutung für die Arbeiterklasse Deutschlands, sondern hat im Zusammenhang mit der großen russischen Revolution, deren 10jähriger Geburtstag soeben gefeiert wurde, und der Revolutionen in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine weltpolitische Bedeutung. Sie bedeutet die Schaffung des modernen Kampfbodens der Demokratie für den für den Klassenkampf des Proletariats. Niemand wehrte dem Zusammenbruch der alten Mächte, deren Hauptvertreter ins Ausland floh, und an dessen Fluchttage das Proletariat mit fester Hand die von dem Bürgertum vergessene, feige im Stich gelassene schwarzrotgoldene Fahne der Republik ergriff und aufpflanzte. Das Proletariat ist das Fundament dieser Republik, deren Bourgeoisie es nicht einmal für notwendig hält, die Profitmacherei für 24 Stunden zu unterbrechen, um dem Tag der bürgerlichen Freiheit, der Rechtsgleichheit im deutschen Staat zu gedenken; das Proletariat schützt diese Republik, obwohl sie nicht sein Staat, nicht sein Endziel ist, denn sie hat ihm die Demokratie in seiner fortgeschrittensten Form gebracht. Keine der alten Demokratien, England, Frankreich, Amerika oder auch die Schweiz haben das gleiche Wahlrecht, die Rechtsgleichheit aller Bürger beiderlei Geschlechts so durchgeführt, wie die aus der Revolution hervorgegangenen Republiken Deutschland und Oesterreich. Aber diese Rechtsgleichheit ist doch erst die bürgerliche Demokratie, ist nur die rechtliche Gleichberechtigung von Arm und Reich.

Wir aber wollen die Lebensgleichheit, die Aufhebung jener Unterscheidung in Arm und Reich, die Aufhebung jener gesellschaftlichen Ordnung, die nur einen Teil des Volkes zu Besitzern der Produktionsmittel macht. Wenn in Deutschland heute die Bourgeoisie sich mit der Republik ausgesöhnt hat, weil sie in ihrem Rahmen gute Geschäfte machte, der Arbeiterschaft sogar den Achtstundentag rauben konnte, so war dies nur durch den verhängnisvollen Bruderkrieg der Arbeiterklasse möglich. Zahlreich sind die Opfer der Revolution, zahlreich die Toten unter denen sich die besten unserer Kämpfer, unter denen sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg befanden. Ueber ihren Gräbern ist die Einheit noch nicht geschlossen. Noch wird von vielen, auch in unseren Reihen über den Gegenwartsaufgaben die Zielsetzung vergessen, die wir an diesem Tage besonders betonen müssen. Wir haben die Fahne des Bürgertums von 1848 erhoben und uns schützend vor sie gestellt, aber wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Fahne, die rote Fahne ist (brausender Beifall), daß unser Ziel nicht im bürgerlichen Staate, sondern in der sozialistischen Republik, in der Gesellschaftsform mündet, die keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln mehr kennt, die die Lebensgleichheit der arbeitenden Menschheit bringt (Beifall).

Diese Grenzen der bürgerlichen Demokratie dürfen und können nicht übersehen werden. Sie haben sich auch bei uns in Oesterreich gezeigt, als am 15. Juli Arbeiter wie Hasen in den Straßen Wiens angeschossen und die schießenden Polizisten für diese Taten im Namen der Republik mit Auszeichnungen bedacht wurden (stürmische Pfuirufe). Und doch sind diese Gedenktage, der 9. November in Deutschland, der 12. November in Oesterreich, Tage der Befreiung und Tage der Mahnung zum Aufbau der künftigen Gesellschaft. Ein altes Freiheitslied aus 1848, ein Lied der bürgerlichen Revolution, sagte einst: „Noch sind nicht alle Märzen vorbei.“ Wir aber, die wir die Aufgabe jener Freiheitskämpfer vollendet haben, feiern heute den Tag der deutschen Revolution in dem wir sagen:

„Noch sind nicht alle November vorbei.“

Stürmischer langanhaltender Beifall folgte den temperamentvoll und packend vorgetragenen Worten des Genossen Adler und endete erst, als der Orchestervortrag mit dem Händelschen Largo begann, dem ein Chorgesang — der Rotgardistenmarsch — des Volkschors und einige kurze Dankesworte des Genossen Eckstein an die Erschienenen und an den Genossen Adler folgten, die in dem Gelöbnis unverbrüchlicher Solidarität mit der österreichischen Arbeiterklasse und ihren Blutopfern, mit der Internationale der sozialistischen Arbeiterbewegung ausklang. Ein begeistertes und brausendes Hoch auf die Internationale gab das Zeichen zum Schlußgesang, in den die riesige Versammlung stehend einstimmte.

Es weht Krisenluft.

Kritische Lage im Zentrum und in der Regierungskoalition.

Kr. Schon wiederholt haben wir auf Grund unserer Informationen aus Berlin mitgeteilt, daß die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler stark erschüttert sei, daß vor allen Dingen auch im Zentrum selbst eine große Unzufriedenheit mit ihm bestehe und daß man bisher nur deshalb nicht seinen Rücktritt verlangt habe, weil man befürchte, daß sein Rücktritt zu einer allgemeinen Regierungskrise führen werde. Diese Mitteilungen sind von der Zentrumspresse bislang in der heftigsten Weise abgeleugnet worden, wobei sich das hiesige Zentrumsblättchen wieder einmal besonders hervortun zu müssen glaubte. Heute ist es nun aber so weit, daß selbst die Zentrumspresse die kritische Lage des Reichskabinetts nicht mehr leugnen kann. Sie gibt jetzt zu, daß die Gefahr besteht, daß wir auch dieses Jahr zu Weihnachten in eine innerpolitische Krisis hineingeraten werden, und läßt auch durchblicken, daß der eigentliche Anlaß zu der Krise die erschütterte Stellung des Reichsfinanzministers ist. Während die Zentrumspresse noch in den letzten Tagen höhnisch die Blätter glossiert hat, die den Schleier von diesen geheimen Kämpfen in der Zentrumsfraktion gezogen haben, ist sie heute sehr kleinlaut geworden, und nimmt es schweigend hin, daß die Berliner Linkspresse heute erneut die Erschütterung der Stellung des Reichsfinanzministers und die Krisenstimmung in der Regierungskoalition selbst darlegt.

Wie unverfroren, ja frech diese Ableugnungsversuche der Zentrumspresse waren, kann man ermessen, wenn man daran denkt, daß einer der bedeutendsten Führer des Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Dr. Stegerwald, seit Wochen im Auftrag der christlichen Gewerkschaften einen heftigen Kampf gegen die Besoldungsreform und damit gegen den Reichsfinanzminister führt. Auch in der gestrigen Ausgabe der „Germania“ erneuert er seinen Vorstoß gegen die Besoldungsvorlage und kommt, nachdem er eine Aufrechnung der wichtigsten öffentlichen Lasten Deutschlands in den nächsten Jahren gemacht hat, zu folgender Schlußfolgerung: „Bei solcher Sachlage kann ich den von der Reichsregierung in der Frage der Beamtenbesoldung eingeschlagenen Weg, „die Bezüge der Beamten für die ersten zehn Jahre jetzt endgültig zu ordnen,“ nicht mitgehen. Es wird denn auch aus Berlin gemeldet, daß dieser Satz Stegerwalds in parlamentarischen Kreisen allgemein großes Aufsehen erregt habe. Diese Opposition der christlichen Gewerkschaften gegen die Besoldungsvorlage stammt aber nicht erst von gestern. Schon während der Oktobertagung des Reichstages haben die leitenden Männer der christlichen Gewerkschaften aus ihrer Gegnerschaft gegen diese Vorlage kein Hehl gemacht und schon damals hat der Reichsfinanzminister mit seiner Demission gedroht, was freilich auch damals von der Zentrumspresse mit eiserner Stirn abgeleugnet wurde. Somit ist die Lügenpolitik der Zentrumspresse zur Verschleierung der inneren Gegensätze in ihrer eigenen Partei und in der Regierungskoalition wieder einmal vor aller Welt aufgedeckt.

Es kann weiter kein Zweifel darüber herrschen, daß auch in der gesamten Regierungskoalition gegenwärtig ein scharfer Kampf besonders zwischen Zentrum und Deutschnationalen um die Besoldungsreform ausgefochten wird. Das Zentrum scheint an sich bereit zu sein, um seinen Reichsfinanzminister nicht opfern zu müssen und um die daraus sich leicht ergebenden weiteren politischen Auswirkungen zu vermeiden, die Besoldungsvorlage entweder ganz zurückzustellen oder wenigstens sie stark zu beschneiden. Die Deutschnationalen dagegen haben erst gestern wieder beschlossen, an der Besoldungsvorlage in ihrer gegenwärtigen Form festzuhalten. Die Deutschnationalen befürchten nämlich, daß wenn die Besoldungsvorlage jetzt nicht Gesetz wird, die Beamten in das Lager der Opposition gedrängt werden könnten. Es sind deshalb schon interfraktionelle Besprechungen für heute festgesetzt, um diesen Gegensatz auszugleichen. Denn man ist sich in der Bürgerblockmehrheit klar darüber, daß wenn es jetzt zu einem Konflikt kommt, wenn der Reichsfinanzminister zurücktreten muß und daraus sich eine Regierungskrise ergibt, die sofortige Auflösung des Reichstages unvermeidlich wäre. Diese Auflösung scheut der Bürgerblock aber wie das Feuer. Mit einer Wahlniederlage nicht geringen Umfanges muß er ja auf jeden Fall rechnen, wie die Ergebnisse aller Wahlen in den letzten Wochen deutlich beweisen. Er möchte deshalb die Neuwahlen noch hinziehen, weil er dann immer noch die Hoffnung hat, daß die Stimmung im Volk sich wieder wandelt, und weil die jetzt Herrschenden, wenn sie schon eine Niederlage erwarten müssen, ihre gegenwärtige Machtstellung wenigstens möglichst lange ausnutzen möchten. Das gilt besonders von den Deutschnationalen, weniger vom Zentrum, das ja auch in einem anders aussehenden Reichstag wohl wieder eine Beteiligung an der Regierung erlangen wird.

Eine gewisse Gefahr droht jedoch diesen Plänen noch von der Deutschen Volkspartei. Es ist zweifellos, daß die Deutsche Volkspartei sich in der gegenwärtigen Regierung sehr unwohl fühlt, daß sie vor allen Dingen die Annahme des Reichs-Schulgesetzentwurfs vermeiden möchte, weil sie von der Annahme des Keudellschen Entwurfes ein Abströmen des noch liberal denkenden Teils des Bürgertums zu den Demokraten befürchten muß. Eine vorzeitige Reichstagsauflösung aus anderen Gründen wäre der Deutschen Volkspartei deshalb nicht unangenehm, weil dadurch auf die einfachste Weise die Annahme des Reichs-Schulgesetzes verhindert würde. Einen Wahlkampf um das Reichs-Schulgesetz braucht die Deutsche Volkspartei wohl auch nicht zu befürchten. Denn die Stimmung in der Bevölkerung ist, wie die vielen Kundgebungen zeigen, so, daß mit diesem Keudellschen Entwurf keinerlei Wahlgeschäfte zu machen sein werden. Immerhin [illegible] gegen eine Regierungskrise [illegible] um das Besoldungsgesetz [illegible]

wird. Das Zentrum wird Herrn Dr. Köhler, obwohl es ihm sehr gram ist, weil er die Partei mit seiner Selbstgefälligkeit und Leichtfertigkeit in diese üble Situation gebracht hat, weiter hinnehmen, und Herr Stegerwald wird unter dem Druck der offiziellen Parteiführung seine Opposition gegen die Besoldungsvorlage wahrscheinlich einstellen. Die christlichen Gewerkschaften haben sich ja noch immer, auch wenn sie sich zeitweise ein wenig sträuben, dem Kommando der Vertreter der Schwerindustrie und des Großagrariertums im Zentrum gefügt, und Herr Stegerwald ist im übrigen selbst viel zu sehr ein Reaktionär, als daß er nicht ebenfalls ein Interesse daran haben müßte, die Regierungskrise und die Reichstagsauflösung jetzt zu vermeiden.

Russisch-japanische Annäherung.

Russisches Angebot eines politischen Garantievertrags an Japan.

Tokio, im November. (Eigener Bericht.) Die politischen Beziehungen zwischen Japan und Sowjet-Rußland haben sich in der letzten Zeit so gebessert, daß in unterrichteten Kreisen sehr bald eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten erwartet wird. Es heißt, daß diese Zusammenarbeit ihre entscheidende Wirkung auf die gesamte Politik des Fernen Ostens nicht verfehlen wird. Der erste Schritt zu dieser Annäherung ist auf wirtschaftlichem Gebiet, und zwar durch die Unterzeichnung eines russisch-japanischen Fischerei-Vertrages, bereits vollzogen worden. Danach hat Japan das Recht der Fischerei in den russischen Gewässern, das an japanische Privatunternehmungen auf der Basis der Ausschreibung vergeben werden wird. Die Sowjet-Regierung wird aus diesen Konzessionen eine jährliche Einnahme von ungefähr 60 Millionen Goldrubel erzielen. Bei der Bedeutung des Fischereigewerbes für die japanische Wirtschaft ist das Zustandekommen des Vertrages von grundlegender Bedeutung für die russisch-japanischen Beziehungen auf politischem Gebiet.

Die Sowjet-Regierung hat die Unterzeichnung des Vertrages sofort zu einer politischen Annäherung benutzt und nach Tokio, ähnlich wie nach Teheran, das Angebot eines politischen Garantievertrages gerichtet. Obwohl der japanische Minister offiziell zu dem russischen Vorschlag noch keine Stellung genommen hat, besteht nach der Stimmung in Japan über die Genfer Seeabrüstungs-Konferenz große Neigung für eine politische Zusammenarbeit mit Moskau. Trotzdem ist das japanische Kabinett so vorsichtig gewesen, noch keine Bindungen einzugehen, da das Mißtrauen gegen Rußlands Aufrichtigkeit sehr groß ist. Ohne ausreichende Garantien für ein ehrliches Innehalten des Vertrages wird Japan keinen Schritt tun, der es Rußland gegenüber politisch festlegt. Der wichtigste der japanischen Wünsche ist der nach Einstellung aller kommunistischen Propaganda im gesamten japanischen Herrschaftsbereich, namentlich aber in Korea. Ferner fordert es Zustimmung zu seinen Eisenbahnplänen in der Mandschurei und die Aufnahme direkter Beziehungen zur Regierung der Mongolei. Als wichtigstes Entgegenkommen hat Japan der Sowjet-Regierung eine größere Anleihe der japanischen Privatbanken zugesagt.

* * *

Kr. Man muß zugeben, daß Rußland im Begriff ist, mit dieser Annäherung an Japan einen großen außenpolitischen Erfolg zu erzielen, und daß es hier einen geschickten Schachzug gegen die Einkreisungspolitik der englischen Regierung vollzogen hat. Gelingt es Rußland wirklich, mit Japan zu einem politischen Uebereinkommen zu gelangen, das eine wechselseitige Garantie der Grenzen enthält, so wird damit wiederum ein großer Stein aus der Mauer gebrochen, die Chamberlain um Rußland aufzurichten versucht. Gerade eine solche Annäherung an Japan muß weitgehende weltpolitische Folgen haben. Denn nicht nur, daß Rußland dadurch im Osten politisch entlastet und ihm die Möglichkeit gegeben würde, seine Ostgrenze militärisch zu entblößen, ja, daß damit einer der empfindlichsten Punkte der russischen Verteidigungsfront gesichert wäre, würde auch die chinesische Selbständigkeitsbewegung dadurch unter Umständen einen starken Auftrieb erhalten. Das gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Einigung zwischen Japan und Rußland nicht auf Kosten Chinas vollzogen wird. Es ist aber noch sehr zweifelhaft, ob das nicht doch geschehen wird. Manche Angaben der vorstehenden Meldung lassen wenigstens vermuten, daß Japan die Absicht hat, die Annäherung Rußlands dazu auszunutzen, seinen Einfluß in China zu verstärken und damit die Selbständigkeit Chinas erneut zu beschränken. Die Erhebung der Forderung nach der Zustimmung Rußlands zur Aufnahme direkter Beziehungen Japans zur Regierung der Mongolei ist nicht unverdächtig. Man wird also sein Augenmerk vor allen Dingen darauf zu richten haben, ob Rußland diesen Forderungen Japans nachzukommen bereit ist. Denn das würde eine vollkommene Schwenkung Rußlands gegenüber China bedeuten. Im anderen Falle dagegen müßte die chinesische Selbständigkeitsbewegung durch einen solchen russisch-japanischen Garantievertrag deshalb nicht unerheblich gefördert werden, weil dieser Vertrag dann wahrscheinlich auch bis zu einem gewissen Grade ein Ausbrechen Japans aus der Front der großen Weltmächte gegenüber China darstellen würde. Diese zweite Möglichkeit will uns aber nach der ganzen Lage der Dinge in Ostasien als die weniger wahrscheinliche erscheinen. Denn China hat ja schon von sich aus die Beziehungen zu Rußland abgebrochen. Es sieht deshalb fast so aus, als ob Rußland jetzt daraus die Konsequenzen zu ziehen beginne und keinerlei Rücksicht mehr auf Chinas Selbständigkeitsbestrebungen nehmen, vielmehr die ihm dadurch gebotene Möglichkeit, sich mit Japan zu verständigen, ausnutzen wolle.

Außerordentlich kennzeichnend ist diese Meldung aber auch für die Tatsache, wie sehr sich England und Amerika durch ihr ablehnendes Verhalten auf der Seeabrüstungskonferenz in Genf weltpolitisch in die Nesseln gesetzt haben. Wird doch die entgegenkommende Stimmung Japans gegenüber Rußland ausdrücklich mit der Enttäuschung Japans über die Genfer Seeabrüstungskonferenz begründet. Japan scheint erkannt zu haben, daß es gegenüber den englisch-amerikanischen Meerbeherrschungsbestrebungen unbedingt eines besonderen politischen Rückhaltes bedarf, um nicht weltpolitisch in den Hintergrund gedrängt zu werden. Es ist ja selbst finanziell nicht stark genug, um auf die Dauer das Wettrüsten mit England und Amerika zur See durchführen zu können, und es muß deshalb von der Fortsetzung des Wettrüstens zur See eine Bedrohung seiner Sicherheit erwarten. Und das um so mehr, als sich die imperialistische Expansion der Vereinigten Staaten immer mehr dem fernen Osten zuwendet und Amerika deshalb zu dem stärksten Konkurrenten Japans in Ostasien sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung zu werden droht. Das gegenwärtige Zusammengehen Japans mit England und Amerika gegenüber China kann darüber nicht hinwegtäuschen. Denn dies Zusammengehen ist nur eine augenblickliche Gleichheit der politischen Marschrichtung.

So scheinen sich in Ostasien durch die russische Initiative tatsächlich große weltpolitische Veränderungen vorzubereiten.

Eine Friedensschalmei Baldwins.

Rede des englischen Ministerpräsidenten über die Lage in Europa.

London, 10. November (Eig. Funkbericht). Am Mittwoch Abend fand in Anwesenheit des gesamten englischen Kabinetts und des Diplomatischen Korps und der historischen Guildhall das alljährliche Festessen zu Ehren des gleichzeitig in sein Amt eingeführten neuen Oberbürgermeisters von London statt. Der englische Ministerpräsident Baldwin hielt dabei die Festrede und führte u. a. aus: England, Frankreich, Deutschland und Italien (?), die noch vor wenigen Jahren Gegner gewesen waren, seien jetzt gleichberechtigte Partner in der gemeinsamen Sache der Friedenssicherung. Die englische Regierung könne für sich inbezug auf diese Entwicklung ein gewisses Verdienst in Anspruch nehmen. Unendlich viel größer sei aber das Verdienst jener weitsichtigen Staatsmänner in Deutschland und Frankreich, die die Annäherung der Gegner von gestern ermöglicht hätten. Diese Staatsmänner hätten sich nicht nur ein Verdienst um Europa, sondern um die ganze Menschheit erworben. Ganz Europa sei bereit, sie dafür zu ehren, daß sie auf dem Wege des Friedens die Kerze angezündet hätten.

An den anderen Grenzen Europas herrsche noch Haß und Mißtrauen. Das gelte auch inbezug auf Rußland, über das er keine optimistischen Mitteilungen machen könne. England habe den Streit mit Rußland nicht gewünscht und es liege der englischen Regierung fern, Rußland vorschreiben zu wollen, welche Regierungsform dieses Land haben soll. So wie Rußland bereit sei, die Regeln des anständigen Verkehrs unter den Völkern zu achten, so wie es darauf verzichten werde, in Englands innere Angelegenheiten sich einzumischen und englandfeindliche Intrigen in anderen Ländern unterlassen werde, sei England bereit, im Geiste der Großzügigkeit und der Freundschaft mit Rußland neue Verhandlungen zu beginnen.

Eine politische Gemeinheit.

Die Hugenbergpresse denunziert die deutschen Städte beim Reparationsagenten.

Berlin, 9. November. (Eigener Bericht.) Mehrere Berliner Blätter hatten am Mittwoch gemeldet, daß in der nächsten Zeit ein Beamter des Reichssparkommissars zur Kontrolle des Finanzwesens der deutschen Städte delegiert werden soll. Die Hugenbergpresse erklärt diesen Plan damit, daß die Kritik des Reparationsagenten Parker Gilbert an der Anleihepolitik der deutschen Länder und Kommunen großen Eindruck gemacht habe und man den Kommunen einmal zeigen wolle, daß „zu einer Selbstverwaltung auch das nötige Verantwortungsgefühl gehört".

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist an dieser Hugenberg-Meldung nicht ein wahres Wort. Weder den Kommunalverbänden noch der Stadt Berlin sind irgendwelche Schritte des Reichsfinanzministers bekannt, die auf die Einsetzung eines Spardelegierten für die Städte schließen ließen. Offenbar geht die ganze Meldung auf die tendenziösen Treibereien derselben Kreise zurück, die die öffentliche Wirtschaft durch Unterbindung von Anleihen und durch Kürzung der städtischen Haushalte leistungsunfähig machen möchten. Daß eine Denunziation beim Reparationsagenten beabsichtigt war, dafür spricht der deutliche Hinweis auf die großen Ausstellungen, die jetzt in Berlin und in nderen Städten geplant sind. Wieder wollen diese Kreise, die an der Schwächung der Städte ein Interesse haben, den Reparationsagenten für ihre Zwecke einspannen. Echt Hugenberg...

Ein Rededuell Renner—Seipel.

Versteckte Drohungen Seipels.

Wien, 9. November. Die heutige Debatte im Budgetausschuß brachte ein großes Rededuell zwischen dem Sprecher der Sozialdemokraten Dr. Renner und Bundeskanzler Dr. Seipel. Dr. Renner beleuchtete in eingehender Kritik an dem Voranschlag verschiedene Probleme der heimischen Wirtschaft. Dr. Seipel erwiderte mit einer Kritik des Verhaltens der Opposition. Gewöhnlich, sagte der Bundeskanzler, greift die Opposition die Regierung an. Heute mache ich es einmal umgekehrt. Vieles ließe sich leichter erörtern, wenn man alle diese Fragen leidenschaftslos behandeln würde. Dem steht aber das Verhalten der Opposition entgegen. Wir haben im Parlament keine richtige Demokratie. Die Opposition macht eine rein negative Politik und zwingt die Regierung geradezu, um nicht das Vertrauen der Bevölkerung zu verlieren, sich vom Parlament unabhängig zu machen. Der Bundeskanzler verwies darauf, daß die Opposition den von ihm gewünschten Trennungsstrich gegenüber den Umstürzlern vom 15. Juli auf dem Parteitage ziemlich deutlich gezogen habe. Könne sie nicht auch einen Trennungsstrich gegenüber den Freidenkern ziehen sowie auch die Mehrheit den Kulturkampf zurückgestellt habe? Der Bundeskanzler fuhr fort, er setze sich nicht, wie Renner behaupte, für einen Polizei- und Ordnungsstaat ein, sondern für einen Ordnungs- und Rechtsstaat, der notwendig sei im Interesse unserer Wirtschaft. In seiner Replik wies Renner den Vorwurf zurück, daß seine Partei eine rein negative Politik getrieben habe. Es sei nicht wahr, daß Obstruktion kein erlaubtes Mittel des parlamentarischen Kampfes sei. Die Freidenker-Gemeinden werden wir nie verbieten, aber wir werden uns davor hüten, daß sie die politischen Entscheidungen der Partei maßgebend beeinflussen. Die Sozialdemokratische Partei wolle keinen Kulturkampf. Die Abfallbewegung von der Kirche in der letzten Zeit gehe nicht auf ihr Konto. Er, Renner, unterschreibe vollständig, daß der Staat in erster Linie ein Ordnungs- und Rechtsstaat sein müsse. Wir sind bestrebt, schloß Renner, Ihnen dabei zu helfen. Aber so lange Sie nicht den Trennungsstrich machen gegenüber denjenigen, welche die Gewalt wollen, glauben wir noch nicht an den Rechtsstaat und müssen abwarten.

* * *

Die oben hervorgehobene Bemerkung Seipels sieht sehr wie eine versteckte Drohung mit der Errichtung einer Diktatur aus.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela.
Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben
Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

58]

(Nachdruck verboten.)

Waren's nicht auch nur Menschen wie ich?! Dieser gichtgeplagte, sieche Fürst in all seinem Reichtum hätte vielleicht gerne mit mir getauscht, wenn er meine gesunden Glieder dafür bekommen hätte! Ich war doch noch jung. Ich war doch gesund . . .! Aus?! Aus?! — — Nein, nur nicht unterkriegen lassen! Mochte kommen, was wollte! Wer hatte dies doch zu mir mal gesagt? Der Kellner in der „Zoodiele" . . .! War ich damals nicht schlimmer dran gewesen als heute, heute, wo sie alle vor mir in Ehrfurcht erstarben?! Ich verglich mich mit dem Strolche, der vor nicht zu ferner Zeit durch die Straßen Berlins gestrichen war. Ich mußte lächeln, hellauf lachen. „Unsinn", rief ich und sprang auf. „Nein!" So versuchte ich mich zu beruhigen. Und doch blieb in mir ein letzter Rest meiner verzagten Stimmung zurück.

Punkt fünf Minuten vor sieben erschien mein ewiger Schatten, mein Hofzeremonienmeister, der Hoteldirektor. „Königliche Hoheit verzeihen, wollte Königliche Hoheit darauf aufmerksam machen, daß die Vorstellung um sieben Uhr beginnt." — „Gut, dann können wir ja gehen. Sie begleiten mich doch?" — „Oh, falls Königliche Hoheit mir gnädigst gestatten wollten. Es wäre eine hohe Ehre für mich." — „Also schon. Der Intendant unterrichtet?" — „Gewiß, Königliche Hoheit." Es waren nur wenige Schritte zum Theater. Wir begaben uns sofort zu den Räumen, die zur kleinen Hofloge gehörten. Der Intendant, ein Herr in mittleren Jahren, stellte sich vor: „L., Intendant des Landestheaters Gotha." Er bat mich in sein Privatbüro. Als ich eintrat, erhob sich sofort ein etwa dreißigjähriger Herr. „Musikdirektor Tr., der musikalische Leiter." Beide trugen schwarze Anzüge, ich, wie immer, meinen grauen Reiseanzug. Wir kamen ins Plaudern. Der Intendant erzählte, er sei früher Intendant in Darmstadt gewesen. Dort wußte ich ja gut Bescheid. Wir sprachen von [illegible], die ich ja tatsächlich kannte, und vom Großherzog. Mittlerweile war ein rotes Licht mehrfach über der Türe aufgeflammt. [illegible] leuchtete es wieder. „Würden Königliche Hoheit die Gnade haben, sich in die Loge zu bemühen; die Herren auf der Bühne werden mir sonst zu ungeduldig." Es war in der Zwischenzeit halb acht geworden. Solange mußten die Gothaer auf den Anfang der Oper warten. Wir traten in die Loge. An der Brüstung blieb ich einen Augenblick stehen und sah ostentativ „auf mein Volk" herab. Sämtliche Operngläser richteten sich wie auf ein Kommando nach mir. Für eine Sekunde war es ganz still im Theater. Dann schwoll das Stimmengewirr um so stärker an. Als ich mich setzte, begannen die ersten Takte der Ouvertüre. Neben mir, in der ersten Reihe, saß mein „Hofmarschall" mit geschwellter Männerbrust und einem Triumphatorlächeln. Hinter mir der Intendant, der mich leise auf besonders gute musikalische Stellen hinwies. Im Hintergrund der Musikleiter Tr. Der Vorhang ging hoch. Das Spiel selbst enttäuschte mich. Da wir unmittelbar an der Bühne saßen, ging jede Illusion verloren. Die Perücken waren alt, die Schminke zu hart aufgetragen, die Seidenkleider voller Staub. Ein feiner Geruch von Mottenpulver schien mir aufzusteigen. Bei der Aufführung wurde der Humor ins Groteske verzerrt, die Liebesszenen wurden widerlich süß gespielt. Die Sängerinnen brillierten mit ihren Stimmen und schleuderten verwegene Blicke zu meiner Loge. Als der Vorhang nach dem ersten Akt niederging, dröhnte der Beifall der Provinzler durchs Theater. Wir gingen nach hinten in das Intendantenzimmer.

Das Zeichen zur Vorstellung flammte wieder auf. Wir begaben uns zurück in die Loge. Erneutes Hälserecken und Getuschel im Parkett und auf den Rängen. Mein Direktor saß auf seinem Sessel steif, kerzengerade und spindeldürr, als wenn er einen Ladestock verschluckt hätte. Er unterließ es ängstlich, sich anzulehnen und sonnte sich in meinem Glanze. Von Zeit zu Zeit warf er verstohlene Blicke nach unten. Während der Vorstellung wandte er sich leutselig zu mir: „Ist das nicht reizend, Königliche Hoheit? Einfach entzückend!" Einfach gräßlich, hätte ich am liebsten gesagt, wenn Intendant und Musikleiter nicht hinter mir gesessen hätten. Im letzten Akt kam ein [illegible] Mädel auf die Bühne, das [illegible] ziemlich zweideutige Sachen [illegible]. Mir tat es leid. Als es auf der Bühne erschien, applaudierte ich vernehmlich. [illegible] Der Intendant schien zu erraten, [illegible] Schluß einige seiner Kräfte vorstellen ließe. Aus dem Gefühl der Verzweiflung heraus, die mich vor ein paar Stunden überfallen hatte, wollte ich jedoch der Kleinen eine Freude machen. „Direktor!" — „Zu Befehl! Königliche Hoheit?!" — „Besorgen Sie mal eine anständige Bonbonniere, aber schnell!" — „Befehl!" Der Direktor verschwand und kam bald mit einer großen Bonbonniere wieder. Die Kleine wurde von dem Intendanten auf dem Arm hereingebracht. Sie war in ein Nachthemdchen gekleidet und sah wie ein Engelchen aus; sie fror an allen Gliedern. „Weißt du, wer der Onkel ist?" — „Nein? Kennst du ihn nicht? Das ist der Prinz Wilhelm von Preußen!" Der Direktor, der neben mir stand, schien dem Kinde jedoch mehr Interesse abzugewinnen, denn es schaute gar nicht auf mich hin, sondern blickte ununterbrochen auf die große Bonbonniere in des andern Hand. „Du frierst wohl, Kleine, was?" fragte ich, ihre kleine Patschhand schüttelnd. Ich schrieb auf die Rückseite der Bonbonniere eine kurze Widmung mit der Unterschrift: „Prinz Wilhelm von Preußen". Mit der Bonbonniere in den Händen wurde die freudestrahlende Kleine zurückgebracht. Als der Intendant zurückkam, sagte ich zu ihm: „Unerhört, daß es erlaubt ist, Kinder in diesem Alter auf die Beine zu bringen! Noch empörender ist es, sie solche zweifelhaften Sachen dahersprechen zu lassen. Der Mensch kommt noch früh genug mit dem Schmutz in Berührung." — Durch einen besonderen Ausgang verließen wir das Theater. Unterwegs lud ich den Intendanten und den Musikdirektor zu einer Flasche Wein ein. Im Hotel setzten wir uns in eine Ecke und begannen auf meine Kosten Champagner zu trinken. Der Alkohol beruhigte mich, ich fand mein Gleichgewicht wieder. Wir sprachen dabei von Tod und Teufel. Gegen zwei Uhr nachts zog ich mit ihnen auf meinen Salon. Hier ging die Kneiperei weiter. Erst spät trennten wir uns. Wie ein Toter warf ich mich nieder und schlief fest ein.

Als ich am nächsten Morgen erwachte, nahm ich den Telephonhörer und fragte, was es Besonderes gäbe. Es wurde geantwortet, der Kommerzienrat habe angerufen; ich solle um zwölf Uhr in Erfurt sein, um mit nach Magdeburg zu fahren. Durch den Anruf des Kommerzienrats ward mir bewußt, daß es doch noch Menschen gab, die mir, wenn auch nur für die kurze Zeit meiner Prinzenwürde, gewogen waren. Um meinen Zustand richtig zu kennzeichnen: damals fiel mir ein Gedicht ein, welches beginnt:

„Seltsam, im Nebel zu wandern,
Leben ist einsam sein, —
Kein Mensch kennt den andern,
Jeder ist allein".

(Fortsetzung folgt.)

Deutschnationale und Kommunisten.

Ein Nachwort zu den Debatten über die Todesstrafe.

Von Otto Landsberg.

Der 2. November, an dem die bürgerliche Mehrheit des Strafrechtsausschusses des Reichstages gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und eines demokratischen Abgeordneten die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen hat, wird ein schwarzer Tag in der Geschichte der Deutschen Republik bleiben. Wir Sozialdemokraten, die wir aus dem Strafgesetzbuch die Todesstrafe auszumerzen bestrebt waren, haben uns wahrlich nicht von Sympathie für die Mörder leiten lassen, unter denen sicher so mancher die verhältnismäßig kurze Qual der Hinrichtung dem unabsehbaren Aufenthalt im Zuchthause vorzieht. Es ist selbstverständlich, daß wir der Gesellschaft den Schutz, dessen sie gegen verbrecherische Elemente bedarf, die vor der Vernichtung fremden Lebens nicht zurückschrecken, gewähren wollen. Die Einschließung des Mörders in einer der modernen Strafanstalten, aus denen bei der geringsten Wachsamkeit der Aufsichtsbeamten ein Entkommen nicht möglich ist, genügt, um ihn unschädlich zu machen. Sie gibt zugleich die Gewähr dafür, daß im Falle eines auch bei der größten richterlichen Umsicht nicht zu verhindernden Fehlurteils die Wiedergutmachung des Unrechts, das der Staat dem Verurteilten zugefügt hat, nicht unmöglich wird. Und es haftet ihr die Grausamkeit der entsetzlichen Abschlachtung eines Menschen nicht an, deren Scheußlichkeit der Chefredakteur der deutschnationalen „Deutschen Zeitung" sehr gut mit den Worten charakterisiert hat: „Jeder, der einmal genötigt gewesen ist, einer Hinrichtung beizuwohnen, weiß, welcher Ekel und welches Grauen durch sie ausgelöst wird."

Zwei Momente waren in der, der Abstimmung vorausgegangenen Debatte im Strafrechtsausschuß besonders niederdrückend. Das eine war, daß alle bürgerlichen Parteien in beinahe lückenloser Geschlossenheit für die Todesstrafe eintraten. Wie stolz war früher das deutsche Bürgertum auf die von seinen Vorkämpfern eingeleitete und getragene Periode der Aufklärung! Mit welcher Entschiedenheit lehnte es wie jeden anderen Aberglauben so auch den ab, daß das Beil des Henkers die Menschheit gegen die Begehung schwerer Verbrechen zu schützen vermöge! Im Jahre 1848 lehnte die Preußische Nationalversammlung die Todesstrafe mit 492 gegen 37 Stimen ab. Der damalige Justizminister bekannte sich im Gegensatz zu Herrn Hergt mit größter Schärfe als Gegner dieser Strafe. Im Jahre 1870 wurde bei der Beratung des Strafgesetzbuches in zweiter Lesung die Abschaffung der Todesstrafe vom Deutschen Reichstage mit 218 gegen 181 Stimmen beschlossen. Nicht ein einziger der wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten ergriff damals das Wort. Es waren ausschließlich bürgerliche Parlamentarier, die in die Bresche traten, um das Strafgesetzbuch von der Schmach der Kapitalstrafe zu reinigen. Unter den Männern, die sich durch ihr Votum als Gegner der Todesstrafe erwiesen, waren unter anderem die Konservativen Ackermann, von Schwarze, Graf Bethusy-Huc, die Nationalliberalen von Bennigsen, Lasker und Simson, der Zentrumsmann Domkapitular Kuenzer. Bismarck setzte es nur durch die Androhung der Zurückziehung des Entwurfes des Strafgesetzbuches, die, wie er später selbst bekannt hat, ein Bluff war, durch, daß in dritter Lesung ein Teil der Gegner der Todesstrafe wider bessere Erkenntnis für ihre Beibehaltung stimmte, die dann mit 127 gegen 119 Stimmen erfolgte. Müssen sich die bürgerlichen Epigonen von heute ihrer Vorfahren oder ihrer selbst schämen?

Aber noch deprimierender als das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Strafrechtsausschuß war dasjenige der Kommunisten. Unter schallender Heiterkeit erklärten sie sich als Gegner der Todesstrafe — im kapitalistischen Staate. Diesem Bekenntnis ließ Höllein eine glühende Verteidigung der Todesstrafe in Rußland folgen. Die Sowjet-Union, so sagte er, bedürfe dieser Strafe zu ihrer Sicherung und sie könne auf das wirksamste Mittel, konterrevolutionäre Umtriebe zu vergelten, nicht Verzicht leisten. Mit anderen Worten: er rechtfertigte die Todesstrafe ganz mit den Argumenten der Vertreter der bürgerlichen Parteien, die sich auf die Notwendigkeit der Sicherung der Gesellschaft und das Bedürfnis nach Vergeltung berufen hatten. Das Bestreben Hölleins, die Todesstrafe zu einem Monopol der Sowjet-Union zu machen, schwächte die Freude namentlich der Deutschnationalen über seine Ausführungen nicht im mindesten ab, denn nicht ohne Grund konnten sie geltend machen, daß die Frage der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe keine regionale, sondern eine Prinzipienfrage sei. Auch die Polemik Hölleins gegen die Sozialdemokratie machte den Deutschnationalen besondere Freude, so namentlich sein mit unzureichenden Mitteln unternommener Versuch, uns wegen unseres Appells an die Humanität, auf die wir uns in unserem Kampfe beriefen, zu verhöhnen. Die kapitalistische Gesellschaft könne, so rief der schlecht unterrichtete Höllein aus, gegenüber den unterdrückten Volksklassen auf die Todesstrafe gar nicht verzichten. Es war ihm offensichtlich nicht bekannt, daß Deutsch-Oesterreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Brasilien und Argentinien, durchweg kapitalistische Staaten, aus Gründen der Humanität die Todesstrafe beseitigt haben und selbst das zaristische Rußland sie lange Zeit hindurch abgeschafft hatte. Es wird sich niemand darüber wundern, daß Höllein von dem deutschnationalen Abgeordneten Barth zur Revanche für die Dienste, die er ihm und seinen Freunden geleistet hatte, ob seiner „Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit" ein Lob empfing, ganz wie Herr von Puttkamer die Anarchisten gegenüber den Sozialdemokraten herauszustreichen pflegte. Die Anerkennung Barths mag Herrn Höllein ein Trost für die Stäupung sein, die er sich wegen seiner Versündigung gegen die Menschlichkeit, für deren Gebote er offenbar aus subjektiven Gründen kein Verständnis hat, gefallen lassen mußte.

Der kommunistische Abgeordnete Raedel hieb im weiteren Verlauf der Debatte in die gleiche Kerbe wie Höllein. In einem der sozialdemokratischen Blätter hat vor einigen Monaten ein Anonymus von der in der Sozialdemokratie im Gegensatz zur Kommunistischen Partei stets hochgehaltenen Meinungsfreiheit einen höchst törichten Gebrauch gemacht, indem er in einem Aufsatz ausführte, daß die sozialistische Gesellschaft im Uebergangsstadium der Todesstrafe nicht werde entbehren können. Auf diesen Artikel, der mit der Haltung der Sozialdemokratie von ihrer Gründung an im Widerspruch steht, berief sich Raedel. Erneuter Jubel bei den Deutschnationalen. Ihr Redner, Herr Lohmann, fälschte die unmaßgebliche Ansicht eines Einzelnen in die grundsätzliche Stellung unserer Partei um, wobei er sich auf die Autorität des darüber sichtlich geschmeichelten Herrn Raedel berief. Herr Lohmann hätte daran denken sollen, daß die Sozialdemokratie in den Monaten nach dem 9. November 1918, in denen sie im Besitz der gesamten Staatsmacht war, die Ehrlichkeit der von ihr stets bekannten Gegnerschaft gegen die Todesstrafe bewiesen hat. Sehr viele seiner Freunde sind ihr damals für die Erhaltung ihrer Köpfe dankbar gewesen. Wenn dieses Gefühl nicht angehalten hat, so liegt dies wohl an der ganz richtigen Erkenntnis, daß das Geschenk, das die Herren von uns bekommen haben, keinen großen Wert besaß.

[illegible] Ob es sich um die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter oder derjenigen der gesamten Menschheit handelt, stets leisten die Kommunisten den Bekennern der reaktionärsten Anschauungen bereitwillig [illegible].

Gegen die russische Schand-Amnestie.

Die belgischen und schwedischen Sozialisten protestieren gegen die Nichtamnestierung der politischen Gefangenen.

Brüssel, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei hat anläßlich des Jubiläums der Sowjetunion einen energischen Appell an die Sowjetregierung gerichtet, auch auf die politischen Gefangenen, namentlich auf die zahlreichen Sozialisten, die in den Sowjetkerkern schmachten, auszudehnen. Die belgische Arbeiterpartei protestiert gleichzeitig gegen die Ungeheuerlichkeit, Menschen nur wegen ihrer politischen Meinung einzukerkern und begründet ihren Appell insbesondere damit, daß sich in Rußland selber keine Stimme für die Verteidigung dieser unglücklichen Opfer erheben darf und kann.

Stockholm, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand der Schwedischen Sozialdemokratie hat der russischen Botschaft in Stockholm mit der Bitte um Weiterleitung nach Moskau folgendes Telegramm übermittelt:

„An dem zehnjährigen Jubiläum der Errichtung der Sowjet-Union können wir es nicht unterlassen, gegen die Begrenzung der aus Anlaß dieses Festes erlassenen Amnestie zu protestieren. Sie schließt die politischen Gegner aus, die den Sozialismus auf dem Wege der Freiheit und der Demokratie verwirklichen wollen und die im Kampfe für diese Ueberzeugung mit der in Sowjetrußland diktatorisch herrschenden Gruppe in Konflikt geraten sind. Wir fordern, endlich auch den Willen zur Versöhnung zu zeigen durch Erweiterung der Amnestie auf diese politischen Gefangenen und damit den Forderungen, die von der westeuropäischen Arbeiterschaft aus Rechtsgefühl gestellt werden, umgehend entgegenzukommen."

Eine Antwort ist auf dieses Telegramm nicht erfolgt.

Vergebliches Bemühen.

Die Reichsregierung läßt durch die deutschen Auslandsvertretungen ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik verteidigen.

Paris, 9. November. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Botschaft hat am Mittwoch eine ausführliche Darstellung über den Briefwechsel zwischen dem Generalagenten für Reparationszahlungen und der Reichsregierung veröffentlicht. Im großen und ganzen wiederholt die Darstellung die Argumente, die der Reichsfinanzminister Dr. Köhler der Gilbertschen Kritik gegenübergestellt hat. Insbesondere werden das Reichsschulgesetz, die Besoldungsreform und das Kriegsschädengesetz durch den Hinweis zu rechtfertigen versucht, daß ihre Durchführung notwendig sei, um die letzten noch schwebenden Fragen vor einer endgültigen Finanzregelung zu ordnen. Hinsichtlich des Budgets wird betont, daß das Gleichgewicht gewährleistet ist. Es seien nicht nur Ersparnisse in Höhe von 300 Millionen Mark gemacht worden, sondern die Steuereingänge hätten sogar den Voranschlag um 200 Millionen Mark überstiegen. Die Darstellung schließt mit der Versicherung, daß von einer Gefährdung des deutschen Budgets keine Rede sein kann.

* *

Die deutsche Botschaft in Paris hat diese Darstellung natürlich nur veröffentlicht, um den ungünstigen Eindruck, den die Gilbertsche Kritik auf ausländische Kapitalistenkreise machen mußte, abzuschwächen. Die Argumente, die sie vorbringt, erscheinen wenig geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Das Vertrauen des ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaftsentwicklung kann nur durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik gestärkt werden. Diese Wirtschaftspolitik aber ist durch die gegenwärtige Reichsregierung nicht gewährleistet.

Der Kampf um den Mieterschutz.

Eingehende Debatte im Wohnungsausschuß des Reichstages.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages bekämpfte der Wirtschaftsparteiler Jörissen am Mittwoch die Wohnungszwangswirtschaft als gegen die Reichsverfassung verstoßend, da diese die Unverletzlichkeit des Eigentums garantierte. Abg. Tremmel (Ztr.) vertrat für seine Partei grundsätzlich den Standpunkt, daß die Wohnungszwangswirtschaft so lange aufrecht erhalten werden muß, bis ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt erzielt sei. Der Demokrat Bartschat gab zu, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die gewerblichen Räume den kleinen Existenzen die schwersten Schädigungen gebracht habe.

Reichsjustizminister Dr. Hergt erklärte, daß nach Ansicht der Reichsregierung die Zeit für die Einführung des in der Vorlage vorgesehenen Kündigungsverfahrens gekommen sei. Als Auffassung der Reichsregierung zur Zwangswirtschaft überhaupt stellte er folgendes fest: Jede Zwangswirtschaft beeinträchtigte das durch die Verfassung gewährleistete Eigentumsrecht und die ebenfalls garantierte Vertragsfreiheit. Sie lähme die Privatinitiative und wirke nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft. Dennoch sei — notgedrungen — für das Wohnungswesen ein Rest der Zwangswirtschaft zurückgeblieben. Die Zeit zu einer völligen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sei noch nicht gekommen.

Quertreibereien von rechts.

Agrarische Quertreibereien gegen die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 10. November. (Eig. Funkbericht.)

Die Zusammenkunft des Reichsaußenministers Dr. Stresemann mit dem Direktor der politischen und wirtschaftlichen Abteilung des polnischen Außenministeriums, Dr. Jakowski, ist nunmehr endgültig für den 17. November vorgesehen.

Inzwischen sind die deutschnationalen Intriganten eifrig bei der Arbeit, um den kommenden Verhandlungen neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Das gilt auch hinsichtlich der Persönlichkeit, die mit diesen Verhandlungen, soweit sie in Berlin geführt werden dürften, betraut werden sollen. Es handelt sich um den bekannten Ministerialdirektor Posse, der es mit viel Geschick verstanden hat, vor wenigen Monaten nach äußerst schwierigen Verhandlungen endlich den deutsch-französischen Handelsvertrag mit unter Dach bringen zu helfen. Von rechts wird nun — wie die „Vossische Zeitung" meldet — eingewandt, daß nicht zwei so wichtige Handelsvertragswerke von ein und der gleichen Persönlichkeit geschaffen werden können. Der Sinn dieser faulen Ausrede ist natürlich, die Verhandlungsführung einer Persönlichkeit anzuvertrauen, die ein williges Werkzeug in den Händen des deutschnationalen Reichsernährungsministers ist. Das wäre gleichbedeutend mit der weiteren Vertagung eines Ergebnisses der Verhandlungen bis auf den St. Nimmerleinstag.

Nochmals Vorschußzahlung bei den Militärrenten.

Da es nicht möglich erscheint, den im Reichstag eingebrachten Abänderungsantrag zum Reichs-Versorgungsgesetz so rechtzeitig zu verabschieden, daß die Ende November fälligen Militärrenten für Dezember nach dem neuen Gesetz zur Auszahlung gelangen können, ist vom Reichsarbeitsministerium eine nochmalige Vorschußzahlung angeordnet worden.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt dazu mit, daß die gegenwärtige Zulage auf die Grundbeträge von 22 Prozent für alle Rentenempfänger im Dezember bei den Beschädigten auf 60 Prozent, bei den Hinterbliebenen aber nur auf 30 Prozent erhöht wird. Die so für Dezember zur Auszahlung gelangenden Beträge bewegen sich in der ungefähren Höhe der Auswirkung des von den Organisationen als unzureichend bezeichneten Regierungsentwurfs. Die Zusatzrenten, die von den Fürsorgestellen gezahlt werden, werden nicht erhöht, sondern kommen in der bisherigen Höhe zur Auszahlung.

Ein Reparationsausschuß des Reichskabinetts.

Berlin, 9. November. (Eig. Bericht.) Amtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett stimmte am Mittwoch dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuß soll danach unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen, entsprechend dem interministeriellen Handelspolitischen Ausschuß, aus Vertretern der für die Reparationen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

Neue Lügenpolitik der KPD.

Eine wohlbegründete Abfuhr für die Braunschweiger Kommunisten.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Die Kommunisten, die froh sein dürften, wenn sie ihre zwei untätig gewesenen Abgeordneten wieder durchbringen, hatten der SPD. Listenverbindung angeboten. Sie begleiteten diesen Schritt mit der üblichen Hetze gegen die SPD.-Führer und mit lautem Geschrei über den „Verrat der SPD. in Hamburg". Im Hannoverschen Kommunistenblatt wurde gleichzeitig von vornherein eine Beteiligung der KPD. an einer Linksregierung im Falle einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit abgelehnt. Die Sozialdemokratie soll allein regieren, abhängig von der Gnade des kommunistischen Grüppchens. Der Bezirksvorstand der SPD. hat angesichts dieses Verhaltens der KPD. die Listenverbindung rundweg abgelehnt.

Neue Stahlhelmroheiten.

Ueberfall auf Landarbeiter.

Hannover, 9. November. (Eig. Bericht.)

In Embsen, einem Dorfe in der Nähe von Uelzen (Hannover) hielt der Deutsche Landarbeiterverband am Sonntag eine Kreiskonferenz ab, an die sich ein kleines Tanzvergnügen anschloß. Die Veranstaltung war bereits beendet, als mehrere ihrer Teilnehmer von etwa 7 bis 10 Angehörigen des Stahlhelms ohne jeden Grund überfallen und mit Stöcken und Stühlen niedergeschlagen wurden. Es ist vorläufig nichts darüber bekannt geworden, daß die Staatsanwaltschaft bereits die notwendigen Nachforschungen eingeleitet hat.

Das halbamtliche Wolff-Büro und sein schwerindustrieller Konkurrent melden von alledem natürlich nichts. Sie sind dagegen mit Feuereifer dabei, wenn einmal Angehörige des Reichsbanners provozierenden Stahlhelmleuten die richtige Antwort erteilen sollten.

Sollen die russischen Oppositionsführer ausgeschlossen werden?

Moskau, 9. November. Die Presse veröffentlicht einen Beschluß des Büros des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei der U.S.S.R., worin die Notwendigkeit des Ausschlusses Trotzkis, Sinowjews, Kamenews, Smilgas und anderer Oppositionsführer aus der Partei und die Unmöglichkeit ihrer Belassung in verantwortlichen staatlichen Posten dargelegt wird. Der Beschluß stellt die politische Niederlage der Trotzkisten während der Oktobermanifestationen fest und weist darauf hin, daß die Versuche der Trotzkisten, eine Gegendemonstration zu organisieren, nichts anderes als eine sowjetfeindliche Aktion zu betrachten sei und daß die gesamte Tätigkeit einer zweiten, nichtbolschewistischen, sondern trotzkistisch-menschewistischen Partei darstellt. Das Büro erachtet es für notwendig, seinen Antrag unverzüglich dem Zentralkomitee der Partei zu unterbreiten.

Die Opposition provoziert Straßentumulte in Moskau und Leningrad.

Moskau, 8. November. Der Opposition ist es nirgends gelungen, wirklich zum Reden zu kommen. Die Volksmenge trat den Oppositionsrednern überall feindlich entgegen. Der Versuch Preobrashenskis, vom Balkon eines Hauses zur Menge zu reden, rief einen derartigen Wutausbruch hervor, daß Kavallerie angefordert werden mußte, um die Oppositionellen zu schützen. Auch Trotzkis Auftreten war völlig erfolglos, da die Menge ihn nicht zu Wort kommen ließ. Ein Versuch Muralows endete ebenso. Als einige Oppositionelle versuchten, mit Porträts Trotzkis und Sinowjews in einen Demonstrationszug einzutreten, zerriß die Volksmenge die Bilder und die Polizei mußte die Plakatträger vor Lynchjustiz schützen. In Leningrad war die Opposition ebenso erfolglos. Dort versuchten Sinowjew, Radek, Bakajew und Jewdokimow mit 15 anderen Oppositionellen auf dem Uritzkiplatz (beim Winterpalais) ein Lastauto in einem Demonstrationszuge anzuhalten, um es als Tribüne zu benutzen, sie wurden aber von der Volksmenge heruntergerissen und konnten sich nur mit größter Mühe befreien.

Auf Grund der Amnestie, die zur Feier des Revolutionsjubiläums erlassen worden ist, wurden bisher in Moskau 1900 Gefangene aus den Gefängnissen entlassen.

Poincaré schweigt schuldbewußt.

Er will den französischen Zündholztrust an das Ausland verhökern.

Paris, 10. November. (Eig. Funkbericht.)

In der Finanzkommission der Kammer interpellierten die Sozialisten den französischen Ministerpräsidenten am Mittwoch über die von dem schwedischen Zündholz-Trust übernommenen 75 Millionen Dollar-Anleihe. Die Sozialisten wünschten vor allen Dingen Auskunft darüber, welche Gegenleistungen Poincaré dem Zündholztrust gewährt habe. Eine einwandfreie Auskunft auf diese Anfragen erfolgte nicht, so daß die sozialistische Aktion fortgesetzt wird. Leon Blum äußert in diesem Zusammenhang im „Populaire" den Verdacht, daß als Gegenleistung das französische Zündholzmonopol an den Schwedentrust ausgeliefert wird.

Bürgermeisterwahlen in England.

London, 10. November. Die gestern in über 300 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Mayors gewählt wurden. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lordmayor gewählt hat. Es ist dies Miß Margaret Beavan, die den größten Teil ihres bisherigen Lebens der Fürsorge [illegible] widmet hat. Die Parteizugehörigkeit der gewählten Lordmayors und Mayors ist folgende: 165 Konservative, [illegible] Liberale, [illegible] Arbeiterpartei, 30 Unabhängige und [illegible], deren politische Richtung unbekannt ist.

Die guten Trauringe [illegible]
[illegible] Schmiedebrücke 66, der Eingang ist nur Kupferschmiedestraße.

Stadttheater
Donnerstag 20 bis 22.30 Uhr: 8. Ab.-Vorst. Serie E In vollständiger Neueinstudierung: **„Mona Lisa“**
Freitag 20 bis gegen 22.30 6. Ab.-Vorst. Serie C **Die verkaufte Braut.**
Sonnabend 20 bis nach 22.15: **Jonny spielt auf.**

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774.
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr: **„Penthesilea“** von Kleist.
Sonnabend 20 Uhr: Zum ersten Male! **„Skandal um Düy“** Schwankhafte Begebenheit von Heinrich Hoenstein

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Täglich 20 Uhr: **Grenadier Feßing** von Geyer.

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36800.
Täglich 20 Uhr: **„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!“**
Sonntag 15½ Uhr: **„Gräfin Mariza“.**

Liebich Theater
Täglich 20 Uhr: Das Programm der Lachschlager **L. M. Lommel Fransky Permanez Broth** und **8 Stars** 4744

SCHLESISCHE FUNKSTUNDE A.-G.
Freitag, 18. November, 20 Uhr
Großer Konzerthaussaal
SYMPHONIE-KONZERT
des Schlesischen Landesorchesters
Leitung: Professor
Franz Schreker
Berlin
Solistin: **Maria Schreker** (Sopran)
Werke von Franz Schreker
Kartenvorverkauf: Barasch, Heinauer u. die Rundfunkgeschäfte

Bei
Influenza-
Erscheinungen hilft sofort
BESKO
die neue medizinische Tablette
greift Herz und Magen nicht an.
In Wirkung und hygienischer Verpackung das Vollkommenste der Welt
BESKO in Tablettenform bewährt sich hervorragend bei Kopf-, Nerven- und neuralgischen Schmerzen, Erkältungen, Rheuma, Gicht, Ischias, Gelenk- und Gliederschmerzen, vertreibt Influenza-, Grippe- sowie Erkältungserscheinungen
In Apotheken Kleinpackung M. 0.90 / Großpackung M. 1.80
BEUTHIEN ⊗ SCHULTZ G. M. B. H. BERLIN N 39.

Bräuer's Festsäle
Gabitzstraße 22 Inh.: Paul Graeser
Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Gesellschaftstanz
Saxo-Jazz-Orchester 9806

Direkt ab Fabrik

Vorzeiger: **Extra-Rabatt** 13088

Das Haus der **billigen Preise!**
*
Morgen
Freitag!
1500 Paar
warme Kinder-Schnallenschuhe
schwarz Filztuch mit Lederkappe und fester, durchgenähter Ledersohle, warm gefüttert, in allen Größen vorrätig

Größe	21—24	25—30	31—34
Paar Mk.	1.45	1.75	1.95

desgleichen ringsum mit Lederbesatz

Größe	21—24	25—30	31—34
Paar Mk.	2.25	2.75	3.25

Plessow Waldschmidt G. m. b. H. Schuhfabrik 19001

Nee Nee
lieber Mann, keine andern, nur
„Weg ist er“
die Ihnen Husten, Heiserkeit, Verschleimung. Geben Sie mir diese. Zu haben zu 30 und 50 Pf. in Apotheken, Drogenhandlungen u. Niederlagen, wo Plakate sichtbar.

Reste
in Serge, Kittai, Leinwand, Aermelfutter u. Roßhaare sehr billig Watteline Mtr. 2 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—80 Pf., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2—8 Mk., Knöpfe Dutzend 3—10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erbal 15—90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Filiale Oderstraße 17.

Kolonialwaren-Geschäfte
in gebrauchten **Herren-Mänteln** von 6.— Mk. an
Anzüge / Pelze
neue Damen-Mäntel von 8.— Mk. an
Klosterstr. 30/32 kleiner Laden 13087

Achtung Vin auf dieses Angebot
Überzeugen Sie sich von der Güte und Billigkeit unserer Waren und Sie werden wie unzählige andere unser treuer Kunde.

Winter-Mäntel mod. Stoffe und Formen Mark 68, 57, 46, 37 und **27.00**
Winter-Paletots m. Samtkragen schwarz und Marengo Mark 75, 64, 55, 45 und **32.50**
Rock-Paletots modern, elegant Mark 72, 58, 47 und **39.00**
Winter-Joppen warm gefüttert Mark 28, 24, 21, 18 und **13.75**
Smoking- u. Tanz-Anzüge mit und ohne Borte Mark 85, 75, 65, 54 und **49.00**
Blaue Anzüge a. Kammgarn-Cheviot, ein- u. zweireih. Mark 82, 75, 65, 57 und **45.00**
Herren-Anzüge dauerhaft. Stoffe Mk. 62, 52, 45, 35, 28 und **23.00**

Eugen Sternberg
Breslau, Tauentzienstraße 31 14001
Eile Zweigniederlassung, 2 Minuten vom Hauptbahnhof.

Warum lesen die tausende
Arbeiter-Rundfunk-Teilnehmer
nicht ihre eigene Rundfunk-Zeitung,
„Der neue Rundfunk“.
Funkzeitschrift des schaffenden Volkes mit Bastelmeister u. Mitteilungen des A.-R.-K. Preis 25 Pf. Enthält alle Programme des In- und Auslandes.
Jeden Freitag neu.
Volkswachtbuchhandlungen, Breslau,
Neue Graupenstraße 5. Neue Taschenstraße 11.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

BEI VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL, KOMMUNAL- UND STAATSBEHÖRDEN, PARTEIVEREINE, GEWERKSCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-SPORT- UND VERGNÜGUNGS-VEREINE DIE BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
BRESLAU 2, FLURSTRASSE 4—6

Weihnachtsangebot!
Chaiselongues . . . von **30—100** Mk.
Sofas . . . . . von **75—200** Mk.
Auflegematratzen f. 2 Bettstellen **55** Mk.
Clubsofas und -Sessel 18098
in modernen Formen, sehr preiswert
Größte Auswahl :: Teilzahlung gestattet.
Albert Nowotny Weidenstr. 23/24

Sinclair-Romane

Jimmi Higgins	brosch.	M. 1.00
„ „	geb.	„ 2.00
König Kohle . . .	geb.	„ 2.50
Man nennt mich Zimmermann .	geb.	„ 1.50
Die Wechsler	½ leinen	„ 2.00
100 %	½ leinen	„ 2.00
Der Liebe Pilgerfahrt	½ leinen	„ 2.00
Die Metropole	½ leinen	„ 2.00
Singende Galgenvögel . .	kart.	„ 1.80

Gesammelte Romane
5 Bände in ½ leinen statt 35.00 M. **nur M. 16.00**
Buch des Lebens 3 Bände geb. statt 8.00 M. **nur M. 3.25**
(auch auf Buchkarte erhältlich)

Volkswachtbuchhandlung
Breslau 2, Neue Graupenstraße 5.
Vorzugspreise!

Herren-Wintermäntel und -Anzüge
nur die neuesten Modelle verkaufe ich an Private gegen bar und auf bequeme
Teilzahlung
Ein Beispiel meiner Billigkeit
Mäntel 14.50 26.50 und höher
Rob. Hänel
Herrenbekleidungsfabrik
Albrechtstraße 30, 1. Etage (an der Hauptpost).

Fasche 12071
Damen-Mäntel reinwoll., von 15 Mk. an, auch mit Besatz. Beste Ware.
Pelzbesätze alle Arten für Mantel und Kostüme, allerbilligst, sofort anzunähen.
Urban Kaiserstr. 1, 2. Stock Ecke Schweidn. Str.

Brennholz Sägespäne
gibt allerbilligst ab 4737
Bezirk Holzbearbeitungsfabrik, Bojanter Str. 74.

Die „Frauenwelt“ bei Ihrem Zeitungsträger
Frauenwelt“
Eine Hebammenschrift für die Frau des schaffenden Volkes.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen bei Ihrem Zeitungsträger.

Für die Redaktion verantwortlich: Emil Jimmer; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Gräbschenstraße 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. November.

Gemeinschaftserziehung.

Der große Fragenkreis gemeinsamer Erziehung der Geschlechter, einer gesunden Reifezeit der Jugend, eines geordneten sauberen Liebes- und Geschlechtslebens ist für alle Menschen von einschneidender Bedeutung. Wer die vielen Klippen seiner Entwicklungszeit ohne Gefahr hinter sich gebracht hat, ist verpflichtet, den jungen Menschen zu helfen, wo er kann. Offenheit, Mut zur Aussprache ist hier wichtig. Sie muß frei sein von falscher Verhüllung, frei auch von sentimentaler Schwiemelei, klar und natürlich.

Daß mit einer solchen Aussprache dringenden Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, daß zugleich eine gesunde Jugend in ernstem Ringen diesen Fragen sachlich und im Innersten sauber gegenübersteht, zeigte der Verlauf des Wochenendkursus, den die Arbeiterjugendbezirke Breslau-Stadt und Oels diesen Fragen widmeten.

Die Führung der Breslauer Mädchen hatte die Anregung dazu gegeben; das ist ohne allen Zweifel eine erfreuliche Tatsache. Das Gelingen der Tagung wurde jedoch in besonderem Maße möglich durch die ausgezeichnete klare, menschliche Stellungnahme der Referentinnen. Genossin Wegscheider sprach am Vormittag, ernst, erfahren, und doch jung und lebendig über Gemeinschaftserziehung.

Mit der Erklärung eines Programmes kommen wir hier nicht einen Schritt weiter. Die Kräfte der Liebe im Menschen sind groß. Wir sollen sie nicht ängstlich bekämpfen, sondern uns dienstbar machen, ja dazu sagen, auch wenn sie uns oft quälen.

Wir können nicht darüber schweigen; zwar sind die Beziehungen von Mensch zu Mensch die zartesten. Gerade die Jugend findet oft nicht die rechten Worte. Auch der Erzieher muß schweigen, wo sich langsam zarte Anknüpfungen zeigen. Gegenstand brutalen Spottes sollten die jungen Menschen nicht sein. Wir stoßen sie dadurch aus der Organisation, während uns doch ihre gesteigerten Kräfte nutzbar werden sollten.

Nach längeren geschichtlichen Ausführungen ging Genossin Wegscheider auf die praktische Bedeutung der „Pärchenbildung" für die Organisation ein. Wir dürfen nicht, wie die bürgerliche Jugendbewegung, an dieser Frage zerfallen. Doch hilft uns hier die gleiche Stellung, die Mädchen und Burschen im Arbeitsprozeß, in der Organisation haben, über viele Schwierigkeiten und erleichtert das Verstehen.

Die Anküpfung solcher Beziehungen darf nicht den Schein des nur halb Erlaubten bekommen. Sie ist im Gegenteil von größter Lebensbedeutung. Es üben sich die Liebeskräfte im Menschen, bei den Burschen als kleine Ritterlichkeiten, bei den Mädchen als kleine Mütterlichkeiten.

Die Entwicklungskurve der Mädchen und der Burschen ist verschieden; sie geht beim Mädchen steil aufwärts, so daß es sie oft aus der Gesellschaft gleichaltriger Burschen herausdrängt. Langsamer entwickelt sich der Bursche. Es zeigt sich, daß die Natur den unentwickelten Körper selbst schützt. Knaben und Mädchen fühlen sich nich zueinandergezogen. Hier wird die Frage besonderer Abende von Fall zu Fall zu prüfen sein.

Wenn sich aber dann die Paare langsam finden, werden Schäden für die Bewegung vermieden werden können. Wir müssen eine Auffassung schaffen, bei der vornehme Zurückhaltung selbstverständlich ist; die Umgebung darf nicht brutal spotten, Vertrauen, vornehme Gesinnung, kurz, eine wahre Gemeinschaftskultur ist zu entwickeln. Dann bleiben gute Kräfte auch der Organisation erhalten.

Genossin Simmel besprach am Nachmittag die Stellung zur freien Liebe. Die Mädchen wollten darunter ein enges, auf größtem Vertrauen beider Teile bestehendes Zusammenleben von Mann und Frau verstanden wissen. Die sehr ernste und rege Aussprache warf noch viele Fragen auf, so die nach Hilfe in der Uebergangszeit von 14—18 Jahren für die Jugend, die des Vorurteils gegen uneheliche Mutterschaft und uneheliche Kinder. Das Ergebnis für die Hauptfrage jedoch war, daß gerade bei stärkster innerer Bindung zweier Menschen auch die äußere eingegangen werden kann. Hilfe in den Nöten der Uebergangsjahre ist nur von Mensch zu Mensch möglich, nicht allgemein und schematisch, da der Verlauf der Entwicklung zeitlich zu verschieden sei.

Mit Recht konnte die Jugendgenossin Berndt neben dem Dank an die Referentinnen und Debatteredner feststellen, daß die Klarheit in diesen schwierigen Fragen bei allen Teilnehmern erhebliche Förderung erfahren hätte.

Mit dem Kreis der bewußten und klaren Menschen wachsen auch die Hilfsmöglichkeiten für die gesamte Jugend.

Die schnelle Straßenbahn.

Bekanntlich hat die Straßenbahnverwaltung seit dem 1. November ihr Unternehmen in schnelleren Gang gebracht. Da die Fahrzeit verschiedener Linien teilweise um fünf und sechs Minuten verringert worden ist, muß sich natürlich das Tempo beschleunigen. Aber damit allein ist es nicht erreicht; die Haltezeiten müssen auch „rationalisiert" werden, und dabei hat man die Gemächlichkeit der Fahrgäste sicher nicht so in Betracht gezogen, als man am grünen Tisch beriet. Die Bediensteten, Schaffner und Wagenführer, sind nun die Leidtragenden, die bei der praktischen Durchführung des Schnellverkehrs ihren lieben Aerger mit den Fahrgästen und ihrer verkürzten Fahrzeit haben. An einer Haltestelle stehen 15 Personen. Der Zug kommt an; Motorwagen und zwei Anhänger. Alle wollen in den Motorwagen, der Schaffner fordert auf, auch die anderen Wagen zu benutzen, wenn nämlich in jeden Wagen fünf Personen einsteigen, bedarf es nur des dritten Teiles der Haltezeit, als wenn alle 15 in einen Wagen klettern. Der Erfolg? Einige kamen dem Schaffner dumm und belehren ihn, daß sie einsteigen können, wo es ihnen beliebe.

An einer anderen Haltestelle fährt ein Wagen ab, ohne auf einen in fünfzig Meter Entfernung Winkenden zu warten. Darob großes Geschrei: „Ist die Straßenbahn wegen uns, oder sind wir wegen der Straßenbahn da?" Als sich jemand bemüht, den Schimpfenden über die Bedeutung des Schnellverkehrs zu belehren, muß er sich sagen lassen, daß das Quatsch ist.

In einem Straßenbahnwagen. Ein Schaffner bittet, eine Abschiedsszene abzukürzen und auszusteigen. Die Antwort besteht in nicht sehr schmeichelhaften Bemerkungen von wegen Frechheit, sich in Dinge einzumischen, die niemanden etwas angehen, usw.

Meistenteils sind aber die nie aus der Ruhe zu bringenden Fahrgäste die ersten, die über das „saumselige Gekottle" schimpfen, in dem Augenblick, da sie selbst im Wagen sitzen. Kein Mensch hat sich bisher beschwert, daß er zu schnell befördert worden wäre. Im Gegenteil, es wird allgemein begrüßt, daß etwas mehr Dampf hinter unsere Straßenbahn kommt, aber man muß sich dann auch damit abfinden, daß auf gar zu großes „Gemähre" der Fahrgäste nicht mehr in dem Maße Rücksicht genommen werden kann, als dies bisher der Fall war. Vor allem sollte man seinen Aerger nicht immer am Fahrpersonal auslassen, das doch seine Dienstvorschriften und Fahrzeiten innezuhalten hat. —l.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.

Englisch-Kurs für Anfänger. Da auf unsere Aufforderung sich zahlreiche Angestellte und Arbeiter gemeldet haben, die an einem Lehrkurs in der englischen Sprache für Anfänger Interesse haben, wird der Arbeiter-Bildungsausschuß einen solchen einrichten. Der Kurs wird unmittelbar nach Neujahr beginnen. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.

Die Verurteilung der Erpresser und ihre sofortige Verhaftung.

Bereits am gestrigen Tage, früher als vorausgesehen, erreichte der Erpresserprozeß sein Ende. Es wurden verurteilt Max Pradella zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis, sechs Monate angerechnet, Bonifatius Pradella zu einem Jahr Gefängnis, sechs Monate angerechnet, Georg Philipp zu zwei Jahren Gefängnis, sechs Monate angerechnet, Karl Pohl zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, ein Jahr vier Monate angerechnet, Gerhard Rosinski zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, ein Jahr drei Monate angerechnet, Kurt Rosinski zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis, vier Monate angerechnet, Hermann Fritsch zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis, sechs Monate angerechnet. Herbert Pätzold wurde freigesprochen. Max Pradella, Bonifatius Pradella, Kurt Rosinski und Hermann Fritsch wurden sofort in Haft genommen. Die übrigen befanden sich bekanntlich noch in Untersuchungshaft. Das Gericht ist bei Abmessung der Strafen zum Teil nicht unerheblich über die Strafanträge des Staatsanwalts hinausgegangen. Auch hatte der Staatsanwalt nicht die sofortige Verhaftung beantragt, sie kam also den Verurteilten sehr überraschend. Doch die sofortige Verhaftung erfolgte auch deshalb, weil in letzter Zeit wiederum an verschiedenen Stellen Erpressungen verübt, und die Polizei von Anrempelungen solcher Burschen benachrichtigt wurde. Hoffentlich ist durch die Verhaftung erreicht worden, daß an bestimmten Bedürfnisanstalten nunmehr diese fragwürdigen Existenzen verschwunden sind. Der ganze Prozeß aber hat ein überaus düsteres Sittenbild ergeben. Die Angeklagten gingen keiner regelmäßigen Arbeit nach. Sie haben also lediglich von den Erpressungen gelebt, die sie an geschlechtlich anders veranlagten Menschen vornahmen. Daß die Polizei jahrelang ihrer nicht habhaft werden konnte, erklärt sich daraus, daß sie eine reguläre Bande darstellte, die nach einem bestimmten System arbeitete. In wie dreister Weise die Burschen ihre Opfer ausbeuteten, zeigte besonders ein krasser Fall, in dem Philipp unter den schwersten Drohungen eines seiner Opfer bestimmen wollte, ihm eine monatliche Rente von 200 Mark auf Lebenszeit auszusetzen. Wie sich diese Erpresser ihren Opfern gegenüber benommen haben werden, läßt am besten ihr Verhalten vor Gericht erkennen. Das Gericht stand auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der Breslauer Bevölkerung liegt, wenn solche Burschen, von denen tatsächlich festgestellt wurde, daß sie nicht homosexuell veranlagt sind, sondern dies nur aus geschäftlichem Interesse vorspiegelten, auf möglichst lange Zeit unschädlich zu machen.

Arbeiterbildungs-Ausschuß.

Am Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, beginnt in der Viktoriaschule, Blücherstraße 9/13, ein Kursus über:

„Moderne Probleme der Physik"

mit Lichtbildern und Experimenten.

Redner: Dr. Rudolf Samuel.

Im besonderen werden behandelt:

1. Atome und Moleküle in der Chemie. — Das Elektron. — Die chemischen Elemente. — Radium und Radioaktivität.
2. Die Quantentheorie des Wasserstoffatoms. — Atome und Röntgenstrahlen.
3. Der Bau der Atome und ihre chemischen Eigenschaften.

Der Kursus umfaßt drei Doppelstunden (je 1½ Stunde reine Unterrichtszeit). Kurstage: die Freitage 11., 18., 25. November; Zeit 8 Uhr bis 9,40 Uhr abends (20 Uhr bis 21,40 Uhr) mit zehn Minuten Zwischenpause. Teilnehmergebühr 1 Mark, für Erwerbslose die Hälfte. Einschreibung der Teilnehmer findet statt im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 2. Stock, Zimmer 36.

* * *

Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Weg zum Physiksaal der Viktoria-Schule an der Blücherstraße durch das Hofportal über den Hof und in den rechten Eingang des Hauptschulgebäudes führt. Die Teilnehmer werden gebeten, am Freitag pünktlich um 8 Uhr da zu sein.

Breslaus Straßenpflaster.

Seit 1343 hat Breslau fortlaufende Ausgaben für die Straßenpflasterung.

Am 26. Mai 1744 erließ Friedrich der Große für Breslau eine Bestimmung zur Reinhaltung und Pflege des Straßenpflasters. Das an den Rat von Breslau gerichtete Schreiben beginnt:

> Demnach Wir zeithero mißfällig wahrnehmen müssen, daß in unserer Stadt Breslau, aller bisnahero publicirten Verordnungen ungeachtet, die Unsauberkeit derer Straßen und öffentlichen Plätze dergestalt zugenommen, daß solche zu den Einheimischen und Fremden größten Beschwerlichkeit zu passieren gantz unbequem und mit Stank und Unflat ausgefüllet worden . . .

Daß die Verordnung viel nützte, ist nicht anzunehmen, da ein Jahr später die Breslauer Ortspolizei eine Verordnung erläßt, die besagt, daß des Königs Befehl nicht sonderlich befolgt wurde. Doch Breslau hatte gepflasterte Straßen und Ende des vorigen Jahrhunderts war auf Breslaus Straßen jede Art von Pflasterung zu finden.

Dieses Vielerlei gefiel dem Magistrat nicht und er erließ am 1. April 1898 ein „Ortsstatut betreffs der Pflastererneuerung". Es wurde hier vorgeschlagen, Breslau mit einheitlichem Pflaster zu versehen. Heftige Angriffe bekam der Magistrat daraufhin von der Bürgerschaft zu hören, und der Plan einer einheitlichen Pflasterung wurde fallen gelassen.

Fünf Jahrhunderte lang ärgern sich die Breslauer über das Straßenpflaster. Denn heute gibt es auch viel darüber zu klagen, weil alle Tage mindestens die wichtigsten Straßen aufgerissen werden, um irgend eine Leitung zu legen. Gebuddelt wird in der ganzen Stadt. Wann wieder fünfhundert Jahre um sein werden, dann wird man wohl immer noch über Breslau Straßenpflaster zu klagen haben.

Der Scharfrichter und sein Werkzeug.

Es ist ein schlimmer Beruf, den der Scharfrichter Reichelt auszuüben hat, den ich kürzlich kennen zu lernen Gelegenheit hatte, als er sich anläßlich seiner Ernennung zum Scharfrichter für das preußische Staatsgebiet bei hiesigen Polizeistellen mit seinem Werkzeug vorstellte. Der Anblick des ziemlich schweren, breiten Beiles, das eine ungefähr vierzig Zentimeter lange Schneide aufweist, erweckt nicht gerade angenehme Gefühle, wenn man bedenkt, daß dieses Instrument nur dazu bestimmt ist, Menschen, die gefehlt haben, als Vergeltungsmaßnahme gewaltsam ihres Kopfes zu berauben und so ihren Tod herbeizuführen. Im Verlaufe der Unterredung erzählte er, daß das Beil noch nicht gebrauchsfertig sei, da es noch vernickelt werden müsse, weil sich sonst sehr leicht Rostflecke entwickeln, die bei dem Todesstreich hindernd wirken können. Reichelt ist übrigens kein Neuling in diesem, die ganze Nation kompromittierenden Berufe. Er war schon Gehilfe unter dem Scharfrichter Schwietz und hat schon bei mehr als zwei Dutzend Hinrichtungen mitgewirkt, von denen er nicht sehr angenehme Erlebnisse zu berichten weiß. Auf dem Holm seines Instruments hat der neue Scharfrichter, wie seine Amtsvorgänger, eine Nickelplatte, die dazu bestimmt ist, die Namensgravierungen der Delinquenten aufzunehmen. Es wäre zu wünschen, daß Menschen, selbst wenn sie zum Verbrecher geworden sind, dieser Klinge nicht mehr zum Opfer fallen. Selbst bei Aufrechterhaltung des Sühnegedankens muß dieses Strafsystem bei dem durch unsere Bourgeoisie so oft gerühmten hohen Kulturstande unserer Nation immer und immer wieder als ein verabscheuungswürdiges Mittel bekämpft werden. Gerade auf diesem Gebiete erweist sich so recht die mittelalterliche Gesinnung unserer Reaktionäre, die diese blutige Vergeltungsmaßnahme mit Klauen und Zähnen verteidigen und sich sonst vor Kultur, Humanität und Nächstenliebe nicht wichtig genug machen können. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem unsere Forderung: Fort mit der Todesstrafe! verwirklicht wird und der Scharfrichter eine dem Volksganzen nützlichere Beschäftigung erhält.

Ueber Nietzsches „Götzendämmerung"

hielt in der Halle der hiesigen Monistischen Gemeinde, Grünstraße, Dr. G. Kramer am letzten Sonntage einen Vortrag. Wie Götterdämmerung Untergang der Götter bedeute, so Götzendämmerung Untergang der Götzen, das heißt alter, mit Unrecht verehrter geistiger Wahngebilde. Auch in diesem 1888 verfaßten Werke — 1889 verfiel der Dichterphilosoph in Geisteskrankheit — tritt Nietzsche als Umwerter alter Werte, als Zertrümmerer alter Tafeln auf. Als starker Lebensbejaher bekämpfte er die lebenverneinende, sinnenfeindliche idealistische Philosophie von Sokrates, den er als „Pöbel", als häßliche „Caricatur", als „Hanswurst" verspottet, bis zu Kant, diesem „hinterlistigen Christen". Alle diese „Weisesten" waren Verfallstypen, décadence, „Begriffsmumien", ihre ganze Besserungsmoral „Gehirnleiden kranker Spinneweber". Ihnen stellt Nietzsche die Bejahung der uns durch die Sinne gegebenen Welt gegenüber, die Bejahung der natürlichen Instinkte, deren Unterdrückung durch die falsche „Vernunft" zum Verfall, zur Schwächung, zur Krankheit führe. Mit besonderem Grimme zieht er auch in der „Götzendämmerung" gegen Kirche und Christentum zu Felde, dessen Moral er als Widernatur, ja, als „Castratismus" bezeichnet. Es sei die Auflehnung der Niedersten gegen die Starken. Diese Bewunderung des Starken hat Nietzsche dazu verführt, alles Mitleid, allen Altruismus (Nächstenliebe), alle Pflege der Kranken, unsere „dickwattierte Humanität" in Bausch und Bogen zu verwerfen, die große Masse nur als den Boden anzusehen, um einzelne Große hervorzubringen, die als „Uebermenschen" über die Masse herrschen, den Sozialismus wie den Anarchismus als Entartung und Verwirrung zu verwerfen. So sehr man Nietzsches Bedeutung anerkennen könne, so behalte sich das Freidenkertum doch auch ihm gegenüber das Recht der Kritik vor und folge ihm nicht, wo er offenbar auf Abwege geraten ist, die ihn bis zur Bewunderung des Verbrechertums geführt haben. Wir wollen auch ein starkes, gesundes Menschengeschlecht, aber ein „Uebermenschentum", das nicht nur einzelnen zuteil werde, sondern als Ergebnis einer Aufwärtsentwickelung eine höhere Menschheit überhaupt darstelle. Der Sozialismus, den Nietzsche nicht verstanden hat, wolle keineswegs öde Gleichmacherei, sondern jedem die Möglichkeit schaffen, seine Eigenart zu entwickeln. — Gesang des Gemeindechores vor und nach dem Vortrage verschönte die Sonntagsfeier, die sich starker Beteiligung erfreute.

Der Gesangverein Breslauer Hutmacher

feierte am 5. November im großen Saale des Gewerkschaftshauses sein vierzigjähriges Bestehen. Das Programm war sehr reichhaltig und die einzelnen Darbietungen unter Leitung des Dirigenten Herrn Vogel fanden vielen Beifall. Die Festrede war dem langjährigen Mitglied, Kollegen Heppner, übertragen, der anführte, daß schon im Jahre 1872 ein Gesang-Verein Breslauer Hutmacher bestand. Dies besagt unter anderem ein im Vereinsarchiv aufbewahrtes Dokument aus dem Jahr 1876, ein Brief, worin der damalige erste Vorsitzende des Unterstützungsverein deutscher Hutmacher in Leipzig, unser Landsmann Hermann Krimichen für Uebersendung des Diploms als Ehrenmitglied unseres Gesangvereins seinen freudigen Dank ausspricht. Es ist deutlich zu erkennen, daß schon damals ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl und kulturelles Bestreben unter unserer Kollegenschaft herrschte, das sich in unserem Gesang-Verein verkörperte. Dieses schöne Verhältnis wurde jäh zerstört durch das im Jahre 1877 verhängte Sozialistengesetz, wonach jede Zusammenkunft von Arbeitervereinen von vornherein als staatsgefährlich betrachtet und auch dementsprechend behandelt wurde. Viele unserer lieben Kollegen wurden ohne jeden Grund als lästige Ausländer mit ihren Familien ausgewiesen. Dadurch war auch das Weiterbestehen des Gesang-Vereins unmöglich geworden. Erst im Jahre 1887 fanden sich hier mehrere Kollegen wieder zusammen und kamen zu dem Entschluß, den Gesang-Verein neu aufleben zu lassen. Von der damaligen Polizeibehörde wurde nach einigen Schwierigkeiten die Genehmigung erteilt und so konnte am 4. Januar 1888 mit dem Einüben von Liedern begonnen werden.

Was die Gründer damals gelobten, haben sie auch gehalten. Durch unermüdlichen Eifer brachten sie es fertig, schon innerhalb eines Jahres mit vollem Erfolg vor die Oeffentlichkeit treten zu können. Und so ging es weiter die ganzen Jahre hindurch, Hand in Hand mit der Ortsverwaltung der Berufsorganisation die Säumigen heranzuziehen, und in unermüdlicher Aufklärungsarbeit festhaltend. Andere Arbeiterorganisationen traten an uns heran, mit der Bitte, bei ihren Festen mitzuwirken. In guter Kameradschaft mit anderen Gesangvereinen beteiligte sich unser Verein stets aktiv an den offiziellen Festen der Partei. Und als im Jahr 1895 in Breslau der Ruf ertönte: „Arbeitersänger, auf zur Gründung eines Arbeitersängerbundes", da stand unser Verein in den ersten Reihen.

In der Reihenfolge nacheinander gaben sich die Herren Scheinert, Bahl, Krause und Vogel als Dirigenten die größte Mühe, unserem Stimmenmaterial die nötige Schulung beizubringen, wofür ihnen auch hier der Dank ausgesprochen wird.

Aber auch derjenigen treuen Kollegen und Sangesbrüder, die seinerzeit in unserem Gesangverein mitgewirkt und jetzt an anderen Orten oder nicht mehr am Leben sind, wollen wir hierbei nicht vergessen. Den Toten ein ehrendes Andenken! — Den Lebenden ein freiheitlicher Sangesgruß! (Lebhafter Beifall.)

Zwei alten Mitgliedern, den Kollegen Rud. Zauner und Hermann Springer, wurde für 40jährige treue Mitgliedschaft ein kleines Angebinde durch den Vorsitzenden, Kollegen Keller, überreicht.

Von auswärtigen Sangesbrüdern trafen von Kollegen Zachar aus Frankenstein und Harb aus Hoyerswerda je ein Glückwunschtelegramm ein. Ebenso lief aus Saarbrücken von der Witwe unseres im Kriege gefallenen lieben Kollegen Nikolaus Schuh ein Glückwunschschreiben mit einer Spende von 50 Mark ein, was mit großer Freude und Dank aufgenommen wurde.

Der anschließende Ball hielt die Anwesenden bis in die frühe Morgenstunde zusammen.

Formaz gegen Schnupfen Wirkung frappant!

Friedrich-Engels-Gedächtnisfeier.

Im Rahmen der Werbewoche der Sozialistischen Arbeiterjugend wird als Auftakt diese Feier veranstaltet. Wir bitten alle Parteigenossinnen und -genossen um recht rege Beteiligung. Die Veranstaltung findet Sonntag vormittag 10 Uhr im Maria-Magdalenen-Gymnasium am Hintermarkt statt. Redner ist Genosse Dr. Willi Cohn. Musik und Rezitation werden die Feier umrahmen.

An der Endstation der Linie 12

in der Tauentzienstraße werden die Straßenbahnwagen, die hier fünf Minuten Wartezeit haben, oft dadurch zum Verkehrshindernis, daß sie bei ihrer Ankunft sofort auf das rückläufige Gleis umlegen und auf diesem stehen bleiben. Da unweit der Haltestelle die Ausfahrt der Lagerplätze von Orgler & Blumenfeld ist, wo fast ein den ganzen Tag anhaltender Fuhrverkehr herrscht, sind oft die schweren Kohlenwagen gezwungen, links an dem haltenden Straßenbahnwagen vorbeizufahren, was sich sehr wohl vermeiden ließe, wenn die Straßenbahn auf dem Gleis, auf dem sie ankommt, stehen bliebe und erst bei der Abfahrt auf das zurückführende Gleis rangieren würde. Da sich der Umlegeverkehr an der anderen Endstation in der Schwartstraße auch auf diese Weise vollzieht, müßte sich dies auch in der Tauentzienstraße möglich machen lassen.

Arbeitersportler!

Wer kann sich noch an die schöne Rheinfahrt nach der Frankfurter Olympiade von Mainz bis Koblenz erinnern?! Heut und morgen abend ruft ein schöner Bildstreifen in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen nochmals die Erinnerung wach. Und wem diese Fahrt verschlossen blieb, der kann sie heut im Filmstreifen sehen.

Gewerkschaftshauslichtspiele.

Angekommen ist heute morgen um 9 Uhr per Bahnexpreß das Bankhaus Pat und Patachon. Im schönen Gewerkschaftshaussaal sind umfangreiche Arbeiten geleistet worden, um das Unternehmen vor Schaden zu bewahren. Wie uns die Bankdirektoren Pat und Patachon versichern, ist ihr Bankhaus ein Erfolg der vorjährigen Ueberschüsse. Sie kommen nach Breslau, um die letzten Erfolge in Klein-Kleckersdorf hier vorzuführen.

---

* **Breslauer Volksbühne.** Zu den Erstaufführungen der beiden Winter-Kulturfilme „Durch Lapplands weiße Wüste" und „Ski-Heil" durch die Ski-Abteilung des Turnvereins „Vorwärts" von Sonntag, den 13. bis einschl. Mittwoch (Bußtag), den 16. d. Mts., im Kammermusiksaal erhalten unsere Mitglieder die bei den hiesigen Lichtspieltheatern üblich gewesene Ermäßigung.

* **Schlesische Gesellschaft für Erdkunde zu Breslau E. V.** Heute abend 20 Uhr findet im großen Saal der Matthiaskunst, der erste Vortrag der diesjährigen Wintersaison statt. Herr Dr. Leo Wittschell aus Königsberg i. Pr. wird über das Thema sprechen: „Das neue Tripolitanien." Mit Lichtbildern. Diese Veranstaltung eröffnet eine Serie von sieben Vorträgen und einem Gastvortrag der oben genannten Schlesischen Gesellschaft für Erdkunde zu Breslau E. V. Die Mitgliedschaft (Jahresbeitrag 6 Mark, studentische Mitglieder 1,50 Mark) berechtigt zum Eintritt für alle Vorträge. Zu dem oben genannten Vortrag haben freien Eintritt die Mitglieder der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, Sektion Erdkunde und die Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft, Sektion Breslau.

* **Gesellschaft der Kunstfreunde.** Montag, den 14. November, 20 Uhr, findet im Vortragssaal des Schlesischen Museums der bildenden Künste ein Lichtbildervortrag statt. Der Redner ist der bekannte Schöpfer ausgezeichneter Bühnenbilder an der Breslauer Oper, Professor Wildermann. Das Thema „Farbe und Form im modernen Bühnenbilde", wird gewiß allgemeines Interesse finden.

* **Der „Frauenarzt".** Seit einiger Zeit trieb ein 34jähriger Mann sein Unwesen, der in kleineren Geschäften, wo nur ein oder zwei weibliche Angestellte sind, vorsprach, sich erbot, die Mädchen auf ihren Seelenzustand zu untersuchen und Heilmittel zum Kaufe anbot. Wenn ihm nichts abgenommen wurde, wurde er auch noch grob. In einem Geschäft in der Viktoriastraße wurde gestern seine Festnahme veranlaßt.

Telegramm!

Eröffnen Donnerstag abend 5 u. 8 Uhr
in den
Gewerkschaftshaus-Lichtspielen
bestimmt unser Bankunternehmen

Bankhaus
Pat & Patachon

Bitte verwechseln Sie uns nicht mit unserem Vorgänger, Herrn Klante!
Bei uns gehts ehrlich zu!
An der Kasse bitte nicht drängeln, von rechts herankommen.
Die Direktion. P. & P.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 2652

Der Parteischulungskursus am Freitag fällt aus.

Distriktversammlungen finden Montag, den 14. November, in allen Distrikten statt. Weist überall darauf hin, damit der Besuch ein guter ist. In allen Versammlungen wird das Thema: „Einheitsstaat oder Bundesstaat" behandelt. Lokale werden in der Sonnabend-Nummer bekanntgegeben.

Distrikt 5. Freitag, abends 7,30 Uhr, bei Kaufer, Lewaldstraße 27, wichtige Funktionär- und Helfersitzung. Alles hat zu erscheinen und Berichte mitzubringen.

Distrikt 7. Freitag, abends 8 Uhr, Bastelabend bei Arlt, Berliner Straße 82.

Distrikt 9. Zu unserem, am Sonnabend, den 12. November, bei Bräuer, Hänelmühlstraße stattfindenden Herbstvergnügen bitten wir alle Genossen der Nachbardistrikte um rege Beteiligung.

Distrikt 11. Sonnabend, im „Plastenbräu", Friedrich-Wilhelmstraße 32, Jubilarfeier.

Distrikt 12. Sonnabend, den 12. November, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Wolf-Ausschank, Matthiasstraße 140.

Distrikt 27. Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, Versammlung sämtlicher Funktionäre und der SO.-Mitglieder bei Jenke, Ofener Straße 2.

Betriebs-Vertrauensleute! Holt im Parteisekretariat das illustrierte Flugblatt ab.

Sozialistische Jungordner.

Martinshornkapelle. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, Uebungsabend in der Pestalozzi-Turnhalle. Neu eingeteilte Spieler müssen unbedingt erscheinen. Interessierte Genossen, die in der Kapelle mitspielen wollen, können sich daselbst melden.

Die Knüppelmusik tritt zur selben Zeit am selben Ort an.
Radfahrerzug. 20 Uhr, Turnhalle.
Gruppe Nord (SAB.) Funktionäre, 19,30 Uhr, Turnhalle.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Heimabende am 10. November, abends 8 Uhr. Außerordentliche Mitgliederversammlungen. Nur Mitglieder Zutritt.
Heim 1 (Kletschkauschule). Referent: M. Seidel.
Heim 2 (Lendorfschule). Referent: H. Luerbach.
Heim 4, 7 (Baracke). Referent: G. Rauhut.
Heim 5 (Andersenschule). Referent: L. Berndt.
Heim 8 (Fürstenschule). Referent: A. Ohlig.
Heim 12 (Rosenthal). Referent: W. Bindig.
Heut abend darf kein Mitglied fehlen.

Heim 4. Mit Rücksicht auf den Referenten müssen wir heut abend ausnahmsweise mit Heim 7 in der Baracke zusammenkommen. Ein Heimabend in der Sprudelstraße findet also nicht statt.

An alle! Sonntag vormittag findet unsere erste Morgenfeier in der Aula des Maria-Magdalenen-Gymnasiums statt. Zeit: 10 Uhr. Alle Fahnen sind mitzubringen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Achtung, Helfer! Wir treffen uns alle bestimmt Sonntag früh, 7,30 Uhr, an der Endstation der Linie 4, Morgenau und gehen nach dem Jungfernsee. Mitzubringen sind 60 Pfennige. Nur bei starkem Regen fällt die Wanderung aus. Jeder möge daran teilnehmen.

---

* **Bei der Revolutionsfeier der Arbeiterkinderfreunde** ist versehentlich eine braune, seidene Mädchenmütze mitgenommen worden. Es wird gebeten, sie am Büffet des Gewerkschaftshauses abzugeben.

* **Braune Mädchenkappe gefunden.** Am Mittwoch ist bei der Revolutionsfeier der Kinderfreunde in der Viktoriaschule eine braune Mädchenkappe gefunden worden. Sie ist abzuholen bei Erich Jähner, Mollwitzer Straße 5.

* **Tod im Wartesaal.** Einer durchreisenden Saisonarbeiterfamilie starb plötzlich am Mittwoch abend ein ca. 4 Jahre alter Sohn, als sie sich im Wartesaal 4. Klasse aufhielten. — Proletarierschicksal.

* **Verdächtige Besucher.** In letzter Zeit sucht ein Unbekannter Frauen auf, von denen er weiß, daß sie allein in der Wohnung sind und gibt an, mit ihnen eine wichtige Angelegenheit besprechen zu müssen. Die Sache sei geheim zu halten und könne vor allem nicht vor den Hausbewohnern verhandelt werden, da sonst dem Ehemanne Unannehmlichkeiten entständen. Dies schützt er vor, um Zutritt zur Wohnung zu erhalten; bisher wurde er aber stets abgewiesen. Beschrieben wird er: etwa 27 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schmächtig, kleiner schwarzer Schnurrbart, dunkle Augen, von jüdischem Aussehen, bekleidet mit dunkelblauem Anzug, hellbraunen Ueberzieher mit Riegel und zwei Falten, braunen Halbschuhen und weichem, schwarzem Hut und breiter Krempe. Vor solchen Besuchern kann das Publikum nicht genug gewarnt werden. Ihr Verhalten läßt auf verbrecherische Absicht schließen. Von dem Auftauchen ist der Polizei umgehend Mitteilung zu machen. Wenn möglich sind sie der Polizei zu übergeben. Zweckdienliche Angaben zu obigem Fall werden nach Schuhbrücke 27, Zimmer 6 zu Tgb.-Nr. K. P. IVa 4382/27 erbeten.

* **Geldschrankeinbruch.** Bei einem Einbruch, der in der Nacht zu Mittwoch in die Büroräume der Schlesischen Heimstätten G. m. b. H. in der Sternstraße 40 verübt wurde, gelang es den unerkannt entkommenen Tätern, mit Brecheisen und Knabbern den Geldschrank aufzubrechen und daraus 866 Mark bares Geld zu entwenden. Die Geldschrankknacker haben sich mit Nachschlüsseln die Eingangstür geöffnet, haben diese hinter sich wieder abgesperrt; sie haben also hinter verschlossenen Türen gearbeitet. Nachdem sie ihre Tat ausgeführt hatten, entfernten sie sich durch ein im Hochparterre gelegenes Fenster.

* **Ein Sittlichkeitsverbrecher festgenommen.** Ein Arbeiter, der wegen eines an einem 8 Jahre alten Mädchen verübten Sittlichkeitsverbrechens gesucht wurde, ist in der Wohnung seiner Braut in der Gabitzstraße festgenommen worden.

Wasserstand

10. November

Ratibor	0,94	Ranfern (Unter-Pegel)	1,98
Neiße (Stadt) vom 9. 11.	—0,65	Dyhernfurth	1,26
Neißemündung (Unter-Pegel)	1,64	[illegible]	0,67
Brieg ([illegible])	1,96	[illegible] vom 9. 11.	0,43
Treschen	1,10	Wasserwärme +8,8°	

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Schlesien befindet sich im Grenzgebiet subtropischer Warmluftmassen und polarer Luft. Da mit einer weiteren Zufuhr frischer Polarluftmassen zu rechnen ist, so dürfte sich die Temperaturgrenze ostwärts verlagern, und wir haben in Schlesien verbreitete Niederschläge zu erwarten, die in Schnee übergehen dürften.

Aussichten für das schlesische Flachland.
Nach West drehender Wind, vielfach trübes Wetter mit Niederschlägen, erneut kühler.

Aussichten für das schlesische Mittelgebirge:
Nach Nordwest drehender Wind, vielfach trübe, verbreitete Niederschläge, in Schnee übergehend, kälter.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Stürmischer West, neblig-trübe, verbreitete Niederschläge, in Schnee übergehend, erneuter Frost.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 10. 11. 27.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm
Grünberg	8	8	2	Regen	NNW 3	14,0
Görlitz	8	11	8	bedeckt	NW 3	20,0
Liegnitz	8	13	8	bedeckt	W 2	14,0
Bad Flinsberg	1	12	1	Nebel	N 1	20,0
Heufuderbaude						
Oberschreiberhau	1	13	0	Regen	W 3	25,0
R.Schles. Baude	2	10	1	Nebel	still	
Reifträgerbaude	1	7	1	Nebel	W 2	
Schneekoppe	0	6	0	Nebel	W 5	16,8
Neumarkt	4	18	4	bedeckt	NO 3	13,0
Krietern	4	12	4	Sprühregen	NNW 3	10,8
Zobten						
Bad Salzbrunn	4	14	3	bedeckt	N 1	6,0
Friedland (Bez. Breslau)	8	18	3	–	N 5	10,0
Reinerz	7	18	6	"	NO 2	6,5
Landeck	5	15	5	Sprühregen	NNO 2	5,0
Reichenstein	4	15	2	Sprühregen	SW 1	gering
Festenberg	5	15	4	Regen	W 1	10,0
Neisse	6	18	6	Sprühregen	NNW 3	6,0
Proskau	6	16	6	bedeckt	W 2	4,0
Kreuzburg	8	10	5		NW 2	7,0
Gleiwitz	8	16	7	Sprühregen	NW 1	6,0
Beuthen	10	16	7	Regen	W 3	1,5

Vereinskalender.

Marxistische Arbeitsgemeinschaft. Wir beteiligen uns heut abend, 8 Uhr, in der Aula des Matthias-Gymnasiums, Schuhbrücke, an der Veranstaltung der sozialistischen Studenten, in welcher Genosse Max Adler spricht.

Arbeiter-Sport

Handball-Serienspiele am Sonntag, den 13. November.

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.)

Männer A-Klasse.
10,10 GWO. — Poseidon; Oswitz; Richter-Mosig.
15,00 Gandau — 2. Abteilung; Gandau; Trupke-Berganber.
15,00 6. Abteilung — Mochbern; Tschanisch; Fritsch-G. Wyremba.
15,00 7. Abteilung — 5. Abteilung; Eichenpark; Sänger-Tschernike.

Männer B-Klasse.
9,00 1. Abt. — 7. Abt.; Eichenpark; Riedel-Wallenburg W.
9,00 Nordost — 8. Abteilung; Oswitz; Kaluza-Weichel.
9,00 1897 — Wratislawia; Helmutwiese; Gasche-Schönfeld E.
10,10 Neukirch — 5. Abteilung; Neukirch; Klose II-Hilbert.

Männer C-Klasse.
9,00 Neukirch — 1897; Neukirch; Klose II-Hilbert.
9,50 6. Abteilung — Mochbern; Tschanisch; Bassalig-Wersig.
10,00 Gandau — 2. Abteilung; Gandau; Gnieser-Klose I.
10,10 Nordost — 7. Abteilung; Oswitz; Guhr-Würfel.
10,10 1. Abt. — 4. Abt.; Eichenpark; Riedel-Wallenburg W.
14,00 GWO. — Poseidon; Oswitz; Neumann-Navarre.

Jugend A-Klasse.
13,50 Gandau — 2. Abteilung; Gandau; Trupke-Berganber.
13,50 7. Abt. — 5. Abt.; Eichenpark; Sänger-Tschernike.
13,50 6. Abt. — 1. Abt.; Tschanisch; Fritsch G.-Wyremba.
15,00 4. Abteilung — Poseidon; Helmutwiese; Israel-Deger.

Jugend B-Klasse.
10,00 7. Abt. — 5. Abt.; Eichenpark; Genärsch-Bräuer.
10,10 2. Abteilung — Nordost; Helmutwiese; Gasche-Schönfeld E.
13,50 8. Abteilung — Mochbern; Helmutwiese; Israel-Deger.
15,00 3. Abteilung — Poseidon; Klettendorf; Fabian-Großpietsch.

Sportlerinnen.
11,20 Einigkeit — 1921; Eichenpark; Konast-Dittmann.

An alle Kartellvereine!

Am Dienstag, den 15. November, findet für alle Turnwarte, Spiel- und Sportleiter aller Kartellvereine eine „Kartell-Techniker-Konferenz" im Gewerkschaftshause statt. Jeder Verein wird gebeten, mit mindestens einem Vertreter anwesend zu sein. Beraten wird das Jahresprogramm für 1928 inkl. der Stadioneinweihung. Alle Vereine oder Abteilungen werden ersucht, bald in ihren Versammlungen dazu Stellung zu nehmen und praktische Vorschläge in dieser Sitzung durch die Techniker kundzugeben. Nachträgliche Wünsche können kaum berücksichtigt werden. Die Vereine wollen bald die Adresse des technischen Leiters mitteilen.

Der 1. Juli und der 2. September 1928 ist von allen Kartellvereinen, ebenso die Zeit acht Tage vor und nach diesen Daten, unbedingt freizuhalten.

Arbeitersportler, macht tüchtig Propaganda für den Waldlauf am Bußtag.

Bei den Filmveranstaltungen in dieser Woche haben Kinder wieder Zutritt. Kinderleiter, organisiert den gemeinsamen Besuch zu diesem Patachon-Film! Dann zahlen die Kinder nur 20 Pfennige.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Am Donnerstag, den 17. November, findet die fällige Schiedsrichter-Vollversammlung bei Hanke, Leuthenstraße, statt.

Freie Kanu-Vereinigung. Die für Freitag, den 12. November angesetzte Versammlung muß ausfallen.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Jugend-Abteilung. Heute abend, 7,30 Uhr, Jugendversammlung bei Koschel, Luisenstraße 13. 4. Männer-Abteilung: Sonnabend, den 12. November, Kommersabend für Männerturner und Gäste.

Frauen und schulentlassene Mädchen vom Strehlener Tor. Die 6. Frauen-Abteilung der Freien Turnerschaft turnt ab Sonnabend, den 12. November, regelmäßig in der Stein-Turnhalle. Die Arbeiter des Strehlener Tores werden gebeten, ihre weiblichen turnlustigen Angehörigen dorthin zu schicken.

Touristenverein: „Die Naturfreunde". Die für Freitag angesetzte Probe wird technischer Schwierigkeiten auf Sonnabend, 20 Uhr, verlegt (Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses). Bußtag, um 9 Uhr vormittags, erste Hauptprobe.

Theater und Musik.

Stadt-Theater.

„Tosca" (Gastspiel).

Der abscheuliche Charakter des Gouverneurs Scarpia, der die Hingabe eines schönen Weibes nicht nur mit Hinterlist und Intrige, sondern auch mit den Greueln der Folterkammer zu erzwingen weiß, der sich an den Qualen des geliebten Weibes weidet, wird von jedem Helden- und Charakterdarsteller begehrt, obwohl es selbst einem dramatisch so stark begabten Komponisten wie Puccini nicht ausreichend möglich war, bezeichnende Töne für diesen Bösewicht zu finden. Und tatsächlich ist es auch ein Unding, eine so beispiellos prosaische Gestalt musikalisch zu verwerten. George Baklanoff ist darum auch in der Hauptsache Schauspieler, der nur zur Vertiefung des Eindrucks gelegentlich seine metallische Stimme leuchten läßt. Sein Scarpia verbirgt die Roheit hinter der Maske des vornehmen, eleganten, in jedem Wort und jeder Geste berechneten Kavaliers, der selbst im Aufbrausen Maß hält. Baklanoff führte diese Charakterisierung so konsequent durch, daß die übrige Darstellung neben ihm abfiel. Adolf Fischer (Cavaradossi) sang seine Schlagerarie und die Anhimmelung der weißen Hände Toscas mit schönem Ton und Wärme.

W. S—der.

Aetherwellen-Musik.

Auf Veranlassung des Breslauer Orchestervereins führte im Konzerthaus Professor Leo Theremin seinen Aetherwellen-Apparat vor, der bisher überall, wo er erschien, Aufsehen erregte. Der Saal war [illegible] voll, und die Erwartung groß. Was hat es nun für eine Bewandtnis mit diesem neuartigen Musikinstrument? In seinem einleitenden Vortrag legte Theremin dar, daß er als Physiker nicht vom Künstlerischen, sondern vom Technischen ausging. Es kam ihm darauf an, die [illegible] bekannten [illegible] auf dem Gebiet der elektrischen Klangerzeugung der praktischen Musikreproduktion dienstbar zu machen und damit ein Idealinstrument zu schaffen, dessen Behandlung so viel wie möglich alles Mechanische ausschaltet und das zudem imstande ist, seine Klangfarbe und seinen Toncharakter nach Wunsch zu verändern. Bis zu einem gewissen Grade ist Theremin das Wunderwerk auch bereits gelungen. Auf dem Podium befindet sich, verbunden mit Akkumulator und Batterie sowie einem Lautsprecher, eine Art Radio-Röhrengerät, ein Holzkasten, auf dem zwei Antennen, eine Stab- und eine kreisförmige, angebracht sind. Zum elektrischen Leiter dient der menschliche Körper. Durch Annähern der Hand an die Stabantenne entsteht im Lautsprecher ein klangvoller Ton, dessen Höhe durch den Handabstand genau regulierbar ist. Auf diese Weise lassen sich mühelos tiefste Baß- und höchste Diskanttöne hervorzaubern. In ähnlicher Art kann die linke Hand mit der Ringantenne die Tonstärke beeinflussen. Der Apparat reagiert bei alledem auf die leiseste Handbewegung. Ohne Zweifel ist er den meisten unserer Orchesterinstrumente überlegen. Denn er vermag sowohl einen Streicher- wie einen Bläserton zu erzeugen, ist zuweilen dem Cello, zuweilen der Bratsche, zuweilen der Violine, aber auch dem Fagott oder der Klarinette täuschend ähnlich. Trotzdem steht diese Erfindung erst am Anfang. Theremin, der selbst auf seinem Instrument musizierte, hat es in der Spieltechnik noch nicht zur Meisterschaft gebracht, aber die Vorführung ließ doch erkennen, daß es vorläufig nur schwer möglich ist, bewegtere Tonfolgen wiederzugeben. Das Programm enthielt deshalb auch ausschließlich Kompositionen getragener Melodik. [illegible] wird sich das Aetherwellen-Instrument nicht so rasch im Orchester wie in der Hausmusik einbürgern. Es wird, [illegible], in der Zukunft noch eine bedeutende Rolle spielen. — Vortrag und Konzert stießen bei den Anwesenden auf reges Interesse und wurden sehr beifällig aufgenommen.

W. S—der.

Aussperrung in der Textilindustrie.

Weil 8000 Arbeiter streiken, werden 55000 ausgesperrt.

Der Kampf der rheinischen Textilarbeiter, der durch die Weigerung der Unternehmer, vor dem Eintritt in die Verhandlungen ihre Kampfmaßnahmen zurückzunehmen, eine weitere Verschärfung erfahren hat — weil 8000 Arbeitnehmer streiken, will man nunmehr 55000 aussperren — ist nicht allein ein Kampf um Lohnerhöhung, er dient auch der Erhaltung der Qualitätsarbeit. Die Qualitätsarbeit ist nur möglich, wenn die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gesund ist. Das kann man aber leider von der Textilindustrie im Wuppertal und im Bergischen Lande nicht sagen. Hier werden die elendesten Hungerlöhne gezahlt, wie man sie kaum sonst noch in Deutschland finden dürfte. So bezogen hochqualifizierte Facharbeiter (Riemendreher) 1914 einen Nettowochenlohn von 22,28 Mark, 1927 erhalten sie 28,26 Mark bei gesteigerter Leistung. Die bestqualifizierten Facharbeiter, die Strangfärber, erhielten 1913 einen Nettowochenlohn von 23,94 Mark, 1927 erhalten sie 32,48 Mark. Das sind Löhne, die bei verheirateten Arbeitern mit vierköpfiger Familie weit unter dem steuerfreien Einkommen liegen, garnicht zu reden von dem Zurückbleiben hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Forderung der Gewerkschaften auf 20prozentige Erhöhung sämtlicher Lohnarten ist deshalb wirklich nicht zuviel.

In diesem Kampfe handelt es sich aber nicht allein um außertarifliche Forderungen, sondern um die Erneuerung des zum 31. Oktober regelrecht gekündigten Lohnabkommens. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung aller Lohnsätze um 20 Prozent, sowie einen besseren Aufbau der Branchentarife. Die Unternehmer waren zunächst zu einer Lohnerhöhung um 4 Prozent bereit, die sie im Laufe der Verhandlungen auf 10 Prozent erhöhten, jedoch nur für die Zeitlohnarbeiter. Solche werden jedoch nur zu etwa 2 Prozent beschäftigt. Die große Masse der Akkordarbeiter soll nicht einen roten Heller Zulage bekommen, und auch die qualifizierten Facharbeiter sollen leer ausgehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen ihre Lebenshaltung der Lebensmittelteuerung „anpassen", den Schmachtriemen enger schnallen.

„Selbstverständlich" wurde auch die Forderung abgelehnt, den Frauen, die die gleichen Arbeiten wie die Männer verrichten, auch den gleichen Lohn dafür zu zahlen.

Bekanntlich wurde in der zweiten Septemberhälfte dieses Jahres in der Textilindustrie eine besondere „Gefahrengemeinschaft" gebildet, um die Gefahren, die die Unternehmer in der Zahlung auskömmlicher Löhne erblicken, abzuwehren. Diese „Gefahrengemeinschaft" umfaßt nahezu die gesamte deutsche Textilindustrie, jedenfalls ihre wichtigsten Bezirke. Die „Kampfgemeinschaft" der Unternehmer trug nach Angabe ihrer Gründer zunächst einen devensiven Charakter. Jetzt aber sehen wir sie in der Offensive der Aussperrung, um die Lohnbewegung „abzubremsen."

Damit ist diese Gefahrengemeinschaft zu einer wirklichen öffentlichen Gefahr für die Existenz der Arbeiter und Arbeiterinnen geworden.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen sollen als Arbeiter, als Menschen, als Konsumenten und Steuerzahler gedrückt werden, damit der Profit der Unternehmer nicht geschmälert wird. Die Arbeiterschaft muß alles daransetzen, solche gemeingefährlichen „Gefahrengmeinschaften" der Unternehmer zu überwinden.

Kampf in der oberschlesischen Eisenindustrie.

Der Schiedsspruch für die Eisenhüttenindustrie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgelehnt.

Aus Hindenburg wird gemeldet:

Nachdem bereits mehrere Male über die Abänderungsvorschläge für den Manteltarif der Eisenhütten verhandelt wurde, fanden gestern neue Verhandlungen vor der Schlichterkammer statt. Der Schiedsspruch, der gefällt wurde, entspricht durchaus nicht den Erwartungen der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften sind enttäuscht über das geringe Entgegenkommen des Schlichters.

Der größte Teil der Forderungen, z. B. Aenderung des Stück- und Gruppenakkords, Freistellung der Betriebsräte, Aenderung der Lohnzahlung, Beseitigung der unteren Lohngruppen, Auslösung der Monteure, Regelung der Bezahlung der Mehrarbeit sind gar nicht berücksichtigt worden. Berücksichtigt wurden die Forderungen zum § 1, der eine Klarstellung über die Unternehmerarbeiter und deren Beschäftigung (Fasane) bringt. Das Kindergeld wird bis zu 15 Jahren für Erwerbslose und Schulpflichtige gezahlt. Die Reglung des Urlaubs für Jugendliche bleibt weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück. Das Gießereiabkommen, eine grundsätzliche Frage des Deutschen Metallarbeiterverbandes, fand gleichfalls eine unbefriedigte Lösung. Erfüllt sind nur die Forderungen für die Kernmacher, Maschinenformer und Schmelzer. Die Former sollen statt der geforderten 10 Prozent nur 5 Prozent erhalten. Die Abschaffung der randgebietlichen Entlohnung ist nur zum Teil erfolgt. Jedoch soll der Abschlag künftig nur 1 Pf. pro Stunde betragen. Die Positionen, die eine materielle Auswirkung haben, sollen erst mit dem Ablauf des jetzigen Lohnabkommens in Kraft treten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband wird für Sonntag, den 13. November, seine Funktionäre, Betriebsräte, Vertrauensleute der Schwerindustrie nach Hindenburg zusammenrufen, um sie über die Fragen entscheiden zu lassen. Außerdem soll Stellung genommen werden in der Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit in Stahl-, Walz- und Hammerwerken sowie in der Röhrengießerei der Donnersmarckhütte. Es gilt, die Argumente der Arbeitgeber, die sie dem Reichsarbeitsministerium schriftlich und mündlich vorgetragen haben, zu bekämpfen und richtigzustellen.

Die Metallarbeiterschaft Oberschlesiens steht in der Frage der Arbeitszeit und des Manteltarifs vor wichtigen Entscheidungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ab 1. Januar der Kampf um beide Fragen ausgefochten wird. Die Metallarbeiterschaft soll die ernste Lage erkennen und sich für die evtl. bevorstehenden Kämpfe vorbereiten.

Christliche Aufregung ohne Grund.

Das Organ Stegerwalds „Der Deutsche", brachte dieser Tage einen Artikel gegen den Verband der Lithographen, der die Ueberschrift trägt: Ein ganzer Berufsstand soll sozialdemokratisch gemacht werden. Was ist geschehen? Für den Geltungsbereich des Chemigraphentarifes ist wiederum ein Zwangstarif abgeschlossen worden. Das ist für den Beruf kein Novum; denn ein solcher Zwangstarif bestand bereits in den Jahren 1904 bis 1913 und von 1919 bis 1923. Ausschließlicher Zweck dieses Zwangstarifes ist, den Beruf wieder in Ordnung zu bringen. Die guten Arbeitsverhältnisse der Gehilfen sind nur aufrecht zu erhalten bei guter Qualitätsarbeit. Da aber die Fachleute unter den Unternehmern immer mehr verschwinden und nur rein kaufmännische Grundsätze ausschlaggebend sind, ist die Qualität der Erzeugnisse außerordentlich zurückgegangen. Beide Vertragsverbände wollen daher alle Berufsangehörigen zur Hebung des Berufes heranziehen und damit seinem Niedergang vorbeugen.

Der Zwangstarif richtet sich nicht gegen andersorganisierte Gehilfen oder gar, wie „Der Deutsche" schreibt, gegen die Christlichen Gewerkschaften. Das Reichsarbeitsministerium hat schon vor Jahren entschieden, daß die wenigen Mitglieder in den Christlichen Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen kein Vertretungsrecht beanspruchen können. Die Verdächtigungen des „Deutschen" sind daher völlig grundlos; denn der Verband der Lithographen hat nicht nötig, mit den Mitteln der Zwangsorganisation sich Mitglieder heranzuholen; 99 Prozent der vorhandenen Gehilfen sind im Verband der Lithographen organisiert.

Erfolgreiche Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Köln.

Die städtischen Arbeiter in Köln haben in ihrer außertariflichen Lohnbewegung einen Erfolg zu verzeichnen. Da mit der Stadtverwaltung keine Einigung zustande kam, wurde das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht angerufen. Der vom Schiedsgericht gefällte Spruch empfiehlt der Stadt die Gewährung eines außertariflichen Ausgleichs. Die auf Grund des Schiedsspruchs stattgefundenen neuen Verhandlungen brachten den Arbeitern eine einmalige Ausgleichszulage und zwar für die ledigen Arbeitnehmer 25 Mark, für die verheirateten 35 Mark, für die Arbeiter, die über 48 bis 51 Stunden arbeiten, 36 Mark, für die, die bis 54 Stunden arbeiten, 37 Mark, für jedes Kind 5 Mark, für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 12 Mark, über 18 Jahren 15 Mark und für das weibliche Hauspersonal gleichfalls 15 Mark. Ferner soll die Stadtverwaltung den im Ruhestand befindlichen Arbeitnehmern, den Witwen und Waisen, ebenfalls eine Zulage gewähren. Die Vereinbarung wurde einstimmig angenommen.

Beendigung der passiven Resistenz auf den tschechischen Eisenbahnen.

Zugeständnisse an die Eisenbahner.

Prag, 10. November (Eig. Funkbericht).

Die Exekutive der tschechischen Eisenbahner beschloß am Mittwoch, allen Angestellten die sofortige Beendigung der passiven Resistenz zu empfehlen. Dieser Beschluß erfolgte auf Grund einer Zusage des tschechischen Ministerpräsidenten, daß die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleichzustellen sind, wobei der Eisenbahnerdienst besonders gewertet werden soll.

Soziales.

Hetze gegen die Allgemeinen Ortskrankenkassen.

Bei den zurzeit stattfindenden Krankenkassenwahlen wird wieder einmal eine tolle Hetze gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse getrieben. Die Hetzapostel, zu denen vor allem die Junker gehören, täten gut, sich an ihre eigene Nase zu fassen. Wie es mit ihrer Krankenfürsorgetätigkeit bestellt ist, dafür nur ein Beispiel: Ein Landarbeiter, der seit sieben Wochen auf dem Rittergut Blumenhagen beschäftigt ist, wird bei der Arbeit krank. Der Arzt hält eine sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus zur Vornahme einer Operation für notwendig. Der Landarbeiter bittet telephonisch den Vorsitzenden der Betriebskrankenkasse des Rittergutes, Rittergutsbesitzer von Flügge, um einen Behandlungsschein. Darauf erhält er folgendes Schreiben:

> „Auf Ihren telephonischen Antrag vom heutigen Tage teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die hiesige Kasse finanziell nicht in der Lage ist, Ihnen Krankenhausbehandlung zu gewähren. Da wir Ihrem Kinde bereits Krankenhausbehandlung gewähren, ist eine weitere Belastung unserer Kasse durch Ihre Familie ohne Gefährdung der Behandlung der anderen Mitglieder für die Kasse nicht tragbar. Betriebskrankenkasse des Rittergutes Blumenhagen. Der Vorsitzende v. Flügge."

So sehen die angeblich leistungsfähigen Betriebskrankenkassen aus. Will der Arbeiter nicht gesundheitlich zugrunde gehen, dann muß er sich auf Kosten des Wohlfahrtsamtes behandeln lassen. Sache der Behörde wäre es, hier einzugreifen, da derartige Krankenkassen nur eine Gefahr für die kranken Mitglieder sind.

* * *

Einen Ueberblick über den Verlauf der Krankenkassenwahlen ist, wie wir erfahren, erst im Dezember möglich; bis jetzt ist nur ein Teil der Wahlen erledigt.

Die internationale Konferenz der Arbeitsinvaliden

stellte auf ihrer Tagung in Brüssel die Forderung auf, auch die Geburtskrüppel in die staatliche Versicherungs-Gesetzgebung einzubeziehen, um diese Unglücklichen nicht in alle Zukunft dem gewerbsmäßigen Bettel auszuliefern. Pflicht der Allgemeinheit sei es, durch Umschulung und Beschäftigungsmöglichkeiten auch diesen Erwerbsbehinderten ein Existenz zu schaffen, damit sie nicht mehr der Wohltätigkeit zur Last fallen. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes gab die Erklärung ab, daß sowohl die Arbeitsopfer wie auch alle anderen Erwerbsbehinderten steis der vollen Unterstützung des Arbeitsamtes versichert sein könnten.

Die Konferenz wählte zu Sekretären der Internationalen Vereinigung der Arbeitsinvaliden den Vertreter des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Karsten, und den Vertreter der französischen Organisation, Marcet.

Wirtschaft.

Um die Frage der Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft.

Vor einigen Tagen veranstaltete der 2. Unterausschuß für Landwirtschaft der Enquete-Kommission eine öffentliche Sitzung, in der eine Vernehmung von Sachverständigen über Landarbeiterverhältnisse stattfand. Eine der bedeutungsvollsten Fragen, die man den Sachverständigen vorlegte, war die, wie der gegenwärtige Stand der Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit zu beurteilen ist. Einige Wissenschafter und die Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber behaupteten, es sei ein Rückgang der Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft nach dem Kriege von mehr als 30 Prozent zu verzeichnen. Von Arbeitnehmerseite, besonders von seiten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wurde das unter Beibringung von Zahlenmaterial entschieden bestritten.

Das Zahlenmaterial fußt auf den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Berufs- und Betriebszählung von 1907 und 1925. Es ist gegliedert in solches über die Zahl der Personen, die auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche entfallen und in solches über die Zahl der überhaupt beschäftigten ständigen und nichtständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Ueber die Verteilung der Personen auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche wird nach der Betriebsstatistik festgestellt:

Größenklasse in ha	Personal insgesamt 1907 Personen	Personal insgesamt 1925 Personen	Steigerung in Prozent	Personal ohne Betriebsleiter und Betriebsinhaber 1907 Personen	Personal ohne Betriebsleiter und Betriebsinhaber 1925 Personen	Steigerung in Prozent
20— 50	23,9	25,8	+ 8	20,7	22,4	+ 8
50—100	18,1	21,9	+ 20	16,7	20,4	+ 22
100—200	20,2	23,0	+ 14	19,5	22,3	+ 14
über 200	16,8	19,5	+ 17	16,6	19,3	+ 17

Hieraus ergibt sich, daß theoretisch höchstenfalls von einem Rückgang der Arbeitsleistungen um 8 bis 22 Prozent gesprochen werden kann. In der Praxis dürfte ein wesentlich günstigerer Zustand deshalb vorherrschend sein, weil die landwirtschaftlich genutzte Fläche anläßlich der diesmaligen Erhebung bekanntlich nur sehr ungenau beziffert wurde. Es fehlt ein erheblicher Teil der Fläche, von dem das Reichsstatistische Amt frei und offen erklärt, daß seine Nichterfassung eine Folge der erhebungspsychologischen Einstellung vieler Landwirte ist. Sie wirke sich in bedingter Niedrighaltung der Flächenangaben aus.

Die Zahl der überhaupt beschäftigten ständigen und nichtständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte geht aus folgendem Zahlenbild hervor:

Größenklasse in ha	Ständige Arbeitskräfte 1907	%	Ständige Arbeitskräfte 1925	%	Nichtständige Arbeitskräfte 1907	%	Nichtständige Arbeitskräfte 1925	%
20— 50	908716	78,1	928057	81,4	332644	22,9	211583	18,6
50—100	244511	69,6	269412	75,9	106688	30,4	85426	24,7
100—200	158616	66,1	211716	76,4	81345	33,9	65464	23,6
über 200	469569	65,1	572299	75,9	251265	34,9	182206	24,1
Summa:	1776412	68,5	1972484	77,0	772141	31,5	544680	23,0

Dieses Bild ist noch wesentlich günstiger als das erste. Soweit die ständigen Arbeitskräfte in Betracht kommen, ist die Zahl seit 1907 von 1 776 412 auf 1 972 482 Personen also um 196 072 Personen oder 8,5 Prozent gestiegen. Die Zahl der nichtständigen Arbeitskräfte weist dagegen einen Rückgang von 772 141 auf 544 680 Personen also um 227 461 Personen oder 8,5 Prozent auf. In Wirklichkeit dürften sich die Dinge auch hier etwas anders verhalten, weil die Ergebnisse Mitte Juni, d. h. zur Zeit intensivster Beschäftigung der Landwirtschaft durchgeführt wurde.

Den Ergebnissen der Betriebszählung, die in dem arbeitsreichen Monat Juni sowohl 1907 wie 1925 erfolgte, muß man diejenigen der Berufszählung gegenüberstellen. Nach der Berufszählung hat die landwirtschaftliche Bevölkerung abgenommen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter insgesamt ist von 1907 zu 1925 um 275 000, das heißt um rund 10 Prozent zurückgegangen.

Rekorddividenden in der Brauindustrie.

Die deutsche Brauindustrie, die schon im vorigen Jahr Riesendividenden zur Verteilung brachte, wartet auch in diesem Jahre mit äußerst günstigen Geschäftsabschlüssen auf. Trotz der kühlen Witterung, die dem Bierabsatz im allgemeinen nicht günstig war, können die Brauereien wesentliche Umsatzsteigerungen und Erhöhung der Gewinne melden. Die Königsbrauerei A.-G. in Duisburg-Ruhrort, die im Vorjahr 8 Prozent verteilte, wird sehr wahrscheinlich infolge des gut verlaufenen Geschäftsjahres eine Erhöhung der vorjährigen Dividende vornehmen. Gut abgeschnitten hat auch wieder die Schöfferhof-Binding Bürgerbräu A.-G. in Frankfurt a. M. Wie im Vorjahr ist diesmal wieder mit der Ausschüttung einer Dividende von 20 Prozent zu rechnen. Die Erste Kulmbacher Aktien-Exportbierbrauerei wird wie im Vorjahr eine Dividende von 12 Prozent verteilen.

* * *

Angesichts dieser außerordentlich günstigen Geschäftsabschlüsse ist es notwendig, auf die Klagelieder der Unternehmer in der Brauindustrie hinzuweisen, die man immer dann zu hören bekommt, wenn die Arbeiterschaft der Brauereibetriebe den Versuch zur Aufbesserung der in dieser Berufssparte sehr niedrigen Löhne unternimmt. Was die Arbeitgeber in solchen Fällen an „Verlustkonten" aufmachen, steht zu diesen Geschäftsabschlüssen (sie sind fast durchgängig ähnlich günstig) in einem solchen Widerspruch, daß die Arbeiterschaft für die Zukunft und bei etwaigen Lohnkämpfen die „schlechte" Lage der Brauindustrie durchaus richtig bewerten wird.

Für Machtkämpfe ist Geld vorhanden.

Vor einigen Monaten wurde die Stahlwerk-Niederrhein-A.-G. in Düsseldorf gegründet. Hinter der Gründung standen die beiden Industriellen Carp und Flentener van Vlissingen. Beide unterhalten Beziehungen zur Phönix, wo sie die sogenannte holländische Gruppe bilden. Wie es hieß, sollte sich die Stahlwerk-Niederrhein-A.-G. mit der Fabrikation von nahtlosen Röhren in größtem Ausmaße nach neuen Patenten befassen. Selbstverständlich trat die neue Gesellschaft in Gegensatz zu dem Röhrenverband, wo vor allem der Ruhrtrust ausschlagggebend ist. Bemerkt muß werden, daß die Kapazität der Röhrenverbandes den Bedarf weit überschritt und daß die neuen Patente, die Carp und Flentener van Vlissingen verwerten wollten, auch dem Ruhrtrust zum Kauf angeboten wurden, der aber den Ankauf ablehnte.

Die Gründung des Stahlwerks Niederrhein war also eine ausgesprochene Kampfanlage gegen den Röhrenverband, insbesondere gegen den Ruhrtrust. In diesem Kampfe hat nun der Röhrenverband kapituliert. Wie es heißt, ist der Friede zwischen den beiden Parteien auf der Grundlage geschlossen worden, daß der Röhrenverband 50 Prozent des Aktienkapitals des Stahlwerkes Niederrhein übernimmt.

Es kommt der Ankauf eines Aktienpakets von nominell 960 000 Mark in Frage. Der Röhrenverband, d. h. in erster Linie der Ruhrtrust, dürfte für dieses Aktienpaket wohl 4 bis 5 Millionen Mark bezahlt haben. Die Industrie jammert immer wieder, daß es ihr an Geldern fehlt und daß es ihr nicht gut gehe. In der Durchführung eines großkapitalistischen Machtkampfes schüttelt sie aber Millionen aus dem Aermel, wie der Fall des Stahlwerkes Niederrhein beweist.

Abschwächung des oberschlesischen Blechmarkts.

Auf dem oberschlesischen Blechmarkt trat im Oktober, wie dem Fachblatt „Industrie-Kurier" von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, eine erhebliche Verflauung ein. Nennenswerte Auftragseingänge fehlten durchaus und namentlich in Grobblechen wurden lediglich für den notwendigsten Bedarf geringfügige Bestellungen erteilt. Auch in Mittel- und Feinblechen hat der Eingang neuer Aufträge stark nachgelassen. Abrufe aus alten Kontrakten gingen nur in unzureichendem Umfange ein. Bei neuen Geschäften mußten erhebliche Preisnachlässe gewährt werden. [illegible] waren im Oktober noch die Blechverarbeitenden Betriebe, bei denen jedoch der Eingang [illegible] Aufträge ebenfalls unzureichend war.

Familien-Anzeigen

Nach längerer, schwerer Krankheit entriß mir der Tod meinen lieben, guten Mann, treusorgenden, herzensguten Vater und Schwiegervater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Julius Jansch

im besten Alter von 50 Jahren.

Er war der Besten einer.

Um stilles Beileid bitten

Klettendorf, den 9. November 1927.

Im Namen der Hinterbliebenen

Agnes Jansch, geb. Zock, als Tochter
Helene Gutsche, geb. Jansch, als Tochter
Herbert Gutsche, Ingenieur
als Schwiegersohn. 977b

Beerdigung: Freitag, den 11. November, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf, Schweidnitzer Straße 8, nach dem Friedhof Klettendorf.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am 8. November verstarb unser Kollege

Herr Julius Jansch

im Alter von 50 Jahren. 5942

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf nach dem Klettendorfer Friedhof.

Am Dienstag, den 8. November, starb plötzlich an einem Krebsleiden unser werter Genosse

Julius Jansch

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitkämpfer.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Genossen der Ortsgruppe Harlisch.

Beerdigung: Freitag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 8. November, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Gustav Feldner

im Alter von 65 Jahren. 5939

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 1 Uhr, vom Wentzel-Hencke-Krankenh. nach d. Oswitzer Friedhof.

Bettwäsche — Leibwäsche

direkt aus der Fabrik an Private:

6 teil. Bettw.-Garnitur, mit Hohlsaum und Stickerei **15.00** Mk. für 2 Betten.

Dieselbe, besonders guter Linon, mit Stickerei oder eleganten Einsätzen **20.00** Mk. für 2 Betten.

Trikotagen — Damenwäsche — Aussteuern

Wäsche-Mannsberg, Reuschestr. 47
im Hofe.

Erkältungszustände

Die bösen Folgen des naßkalten Wetters bekämpfen Sie am besten, ehe sie sich im Körper festsetzen können, wenn Sie alsbald Reichels Wachholder-Extrakt „Medico" einnehmen. So klagen Sie Ihre Erkältung los werden und oft schlimmere Folgen wie Grippe etc. fernhalten. In Apotheken und Drogerien erhältlich, aber echt nur in Originalfüllungen mit Marke „Medico" und der Firma Otto Reichel, Berlin SO, Elisabethstr. 4.

Bestimmt zu haben bei: Drogerie M. Meinczewski, Gabitzstr. 87/89; St. Vincenz-Drogerie Karl Heller, Rosenthaler Straße 45; Drogerie z. gold. Anker, Friedrich Seifert, Bismarckstr. 12; Drogerie Leo Klatzker, Höfchenstr. 31; Drogerie zum Bergmann, Victor Ihbert, Trebnitzer Straße 46; Drogerie zum weißen Kreuz, Gustav Haupt, Vorwerkstr. 41; Stein-Drogerie, Gustav Haupt, Herderstr. 50; Prinz Heinrich-Drogerie, J. C. Herrmann, Neuderstr. 91; Reformhaus Ernst Mäse, Albrechtstr. 13; Willy Hirsemann, Herzogstr. 25; Engel-Drogerie, Oskar Gebert, Weinstr. 33; Kreuz-Drogerie, Oskar Gebert, Kreuzstr. 55; Borussia-Drogerie, Oskar Gebert, Kreuzstr. 41/43; Jäger-Drogerie, Oskar Gebert, Jägerstr. 1; Kleist-Drogerie, Hermann Kistler, Breslauer Straße 129; Drogenhandlung Franz Geisler, Lessingstr. 60; Matthias-Drogerie, Johannes Alt, Matthiasstr. 121. 2675

MÖBEL

Küchen kompl. 7-tg. von 80.00 Mk. an
Schränke pol. 2-Mrg. von 60.00 Mk. an
Ausziehtische . . . . von 38.00 Mk. an
Polsterte Sessel . . . . von 5.50 Mk. an

Preiswerte Schlaf-, Herren- und Speisezimmer Chaiselongues, Betten, Patent- u. Auflegematratzen und alle Arten Einzel- und Kleinmöbel

Biener & Bähring

Möbel- und Möbel- en detail, en gros 12688

Matthiasstraße 157 und Wolfsbergweg 18/20

! Herrengarderobe spottbillig !

Neue u. gebraucht. Herrenanzüge, Schwebemäntel, schwarze Paletots, Rechpaletots, zu fabelhaft billigen Preisen. Gehrock-, Frack- u. Smokinganzüge sowie gebrauchte Joppen von 5.00 Mk. an nur bei

D. Juliusburger, Kaiserstraße 21

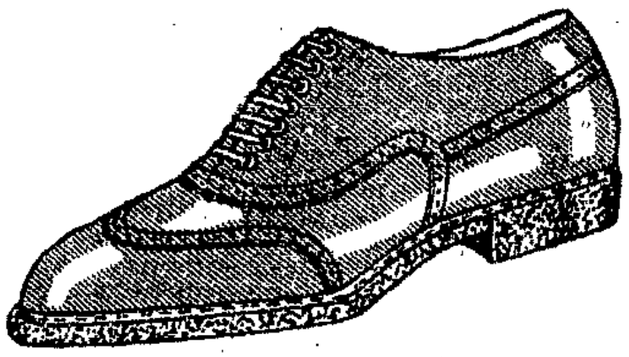
Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aktenmaterial mit 14 Kanonenbooten bei Seite 126 Seiten Preis nur 60 Pf. Volksverein-Buchhandlung.

Klausner

Schuh-Etage

Ring 22, 1. Stock, (Fahrstuhl) gegenüb. Schweidn.-Kell.



11.90 Herren-Halbschuhe schwarz Rindbox mit der beliebten Krepp-Gummisohle, ganz besonders preiswert
Derselbe in braun mit grader Kappe **12.90**

8.90 Herren-Stiefel aus kernigem Rindboxleder, strapazierfähige Straßen- und Arbeitsstiefel

7.50 Herren-Halbschuhe Rindbox und Roß-Chevreau, schöne, halbspitze Form

5.90 Damen-Spangenschuhe Roß-Chevr. sehr dauerhaft gearbeitet, mit amerikanischem Absatz
Mit geschweiften Absatz **6.50**

12.50 Damen-Pelzschuhe Lackleder und prima schwarz und braun Boxcalf, mit amerik. und französ. Absatz, und Lack-Spangenschuhe, viele neue Modelle und Formen mit französischem und amerik. Absatz

---

Das Geheimnis

berühmter Kaffeeküchen

beruht auf den feinen Kaffeesorten und den berühmten Kaffeegewürzen, wie sie in den beliebten Quieta-Mischungen geboten werden. Der damit bereitete Kaffee ist sehr gesund und dabei — — sehr billig. Machen Sie einen Versuch!

Quieta als Kaffee!

Quieta Gold	mit 40%	Bohnenkaffee ½ ℔	M 1.20
Quieta Gelb	mit 25%	Bohnenkaffee ½ ℔	„ —.90
Quieta Rot	mit 10%	Bohnenkaffee ½ ℔	„ —.60
Quieta Grün		ohne Bohnenkaffee ½ ℔	„ —.30

Leinenhaus

Gotthard Völkel

aus Langenbielau :: Gegründet 1885

Spezialhaus für Leinen und Baumwollwaren

Beste Qualitäten in federdichten Inlets
Damen- u. Herrenwäsche
Berufskleidung jeder Art
in bester Ausführung

Friedrich-Wilhelm-Str. 51 und Albrechtstraße Nr. 56

2. Haus vom Ring 18095

Für den Sportmann

Eindruck kann eben nur gute Kleidung verschaffen. In meiner großen Auswahl finden Sie alles, was Ihren persönlichen Geschmack betrifft. Ich lasse diese Kleidungsstücke selbst anfertigen und bin dadurch in der Lage **allerniedrigste Preise** zu berechnen.

Paletots	von Mk.	35.— an
Ulster	von Mk.	28.— an
Ringgurt-Mäntel	v. Mk.	34.— an
Herren-Anzüge	v. Mk.	28.— an
Sport-Anzüge	von Mk.	28.— an
Wetter-Mäntel	v. Mk.	18.— an

Oskar Dehmel
Breslau 1, Neumarkt 45.

Arbeiter, Angestellte, Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. 5939

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstr. 17, die Vertrauensleute der Volksfürsorge, alle Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts", die Verbandsbüros oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59 und Rechnungsstelle Schweidnitz, Flurstraße 1.

Arbeits-Hosen 5972

Lack, Kord, zu jedem Preise, für Bäckerei, Schlosser, Maurer, schwarz, gestreift, aus Barchent 7, e. t. Hemden, Kaysersbeck, Schneiderstr.

Zu der „Volkswacht" haben Gießer-Manschetten

Inhaber dieses neuen Verfahrens in Schneidemühl Schneidemühl

Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!

Friedrich Ebert, Schriften — Aufzeichnungen — Reden

Das große Gesamtwerk des ersten deutschen Reichspräsidenten und sozialistischen Kämpfers. Herausgegeben von **Friedrich Ebert jun.** Eingeleitet durch ein umfangreiches Lebensbild Friedrich Eberts aus der Feder von **Paul Kampffmeyer**, mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß.

2 Ganzleinenbände mit 16 Bildern **15.00 Mark.**

Emil Felden, Eines Menschen Weg

Ein Fritz Ebert-Roman — Ganzleinen **5.00 Mark.**

Volkswacht-Buchhandlungen Neue Grenzenstr. 5, Neue Taschenstr. 11

Empfehle **2 Wochen lang** durch

allerbestes kernfettes

Masthammelfleisch, außerordentlich billig . Pfd.	**0.80**
Masthammel-Rücken . .	**0.00**
Masthammel-Keule . . .	**1.00**
Mastlämmer	**1.00**
Mastlämmer-Rücken u. Keule	**1.10**
Schweinefleisch jung und frisch	**1.00**
Weißbraten	**1.20**
Kammstücke	**1.10**
Schweinepökelfleisch . .	**1.10**
Eisbeine	**1.00**
Mastrindfleisch, allerbestes hiesiges ohne Knochen	**1.20**
Suppenfleisch	**0.90**
Hohe Rippe	**1.00**
Täglich frische **Leber- und Preßwurst** . . . Pfd.	**0.60**

Hammel-Consum und Fleischwarenhaus
Taschenstraße 3/5 18099
Im Hause d. Neuest. Nachrichten — Tel. Ohle 3667

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Arbeitsmarkt

Perfekte Schneiderinnen

auf Kleider für meine Aenderungs-Ateliers zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen bei

Louis Lewy jr.
Damenmäntelfabrik, Ring 29/30. 14000

Aus aller Welt.

Kurt Baacke verunglückt.

Am Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr kam der aus der Volksbühnenbewegung und dem Arbeiter-Radio-Klub her bekannte frühere Parlamentsberichterstatter für die sozialdemokratische Presse, Kurt Baacke, am Kemper-Platz bei dem Ueberschreiten des Fahrdamms zu Fall und erlitt einen Oberschenkelbruch. Baacke wurde von Passanten sofort zur Rettungsstelle gebracht, die ihn umgehend in das Elisabeth-Krankenhaus überführen ließ. Baacke war im November 1918 unter Ebert Staatssekretär in der Reichskanzlei.

Mord und Selbstmord.

In Frienstedt bei Erfurt ermordete der 19jährige landwirtschaftliche Arbeiter Heinz Schlüter auf bestialische Weise eine 61jährige Witwe, nachdem er die Frau zu vergewaltigen versucht hatte. Mit einem Küchenmesser brachte er ihr einen bis auf die Wirbelsäule gehenden Stich in den Hals bei, dann schlug er mit einem Dreifuß auf sie ein und erdrosselte sie schließlich mit einem Strick. Nach der Tat versuchte er sich zuerst mit Kreolin zu vergiften und tötete sich dann durch einen Schrotschuß in den Unterleib.

Großfeuer in Berlin.

In Berlin-Wilmersdorf fielen am Mittwoch vormittag zwei große Holzlager mit mehreren Schuppen einem Großfeuer zum Opfer. Das Feuer entstand, als Arbeiter damit beschäftigt waren, Eisenbahnschwellen, mit heißem Karbolineum zu tränken. Dieses kochte über und geriet in Brand. Mit großer Schnelligkeit griff das Feuer auf die Lagerbestände und die Lagerschupen über. Der Feuerwehr, die mit zahlreichen Löschzügen erschienen war, gelang es, nach eineinhalb Stunden das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr hoch, da viele kostbare Nutzhölzer verbrannt sind.

Kohlenoxydgasvergiftung im Auto.

Fünf in Berlin ansässige Personen, die am Mittwoch nachmittag aus der Umgebung Berlins zur Technischen Hochschule in Charlottenburg fuhren, kamen dort betäubt an. Sie erholten sich jedoch rasch, so daß ein herbeigerufener Arzt nicht mehr einzugreifen brauchte. Der Unfall ist vermutlich auf Kohlenoxydgas zurückzuführen, das der Heizungsanlage des Autos entströmt und in seinen Innenraum gelangt ist.

Liebestragödie in Berlin.

In der Nacht zum Mittwoch vergifteten sich in Berlin ein 31 Jahre alter Bauunternehmer und eine 30 Jahre alte Stenotypistin im Kontor der Baufirma durch Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die beiden aus unglücklicher Liebe beschlossen hatten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Neuer Fischereihafen in Kolberg.

In Kolberg ist mit dem Neubau eines Fisch-reihafens begonnen worden. Vorgesehen ist der Bau eines Beckens von 250 Meter Länge und 100 Meter Breite. Der neue Hafen am Westufer der Persante soll zunächst 84 Fischkuttern Schutz gewähren. Die Kosten sind auf 420 000 Mark veranschlagt. Der Bau soll bereits 1928 betriebsfertig sein.

Zum Tode verurteilt.

Das anhaltische Schwurgericht in Dessau verurteilte den Kaufmann Erich Schröter aus Leipzig, der im Juli den Rittergutsbesitzer Klepp niedergeschossen und dessen Sohn schwer verletzt hatte, wegen Mordes zum Tode. Schröter ist dadurch verarmt, daß seine Mutter sein Erbgut vor dem Kriege an Klepp verkauft und dieser eine Resthypothek während der Inflationszeit zurückgezahlt hat. Der Gerichtsvorsitzende empfahl eine Begnadigung, da Schröter aus verletztem Rechtsgefühl gehandelt habe.

Ein Lastauto im Juweliergeschäft.

Montag nachmittag geriet in der Hamburger Straße (Barmbeck) ein Lastauto, als es einem Fuhrwerk, dessen Pferde scheuten, ausweichen wollte, wegen des schlüpfrigen Pflasters auf den Bürgersteig. Es fuhr ins Schaufenster eines Juweliergeschäfts hinein. Eine ältere Frau, die gerade die Auslage betrachtete, wurde von dem Auto durch die Glasscheibe des Geschäftes gedrückt und so erheblich verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist sie im Laufe der Nacht gestorben.

Verurteilung wegen Verbrechen gegen das keimende Leben.

Wegen gewerbsmäßiger Abtreibung wurde die Kraftwagenführersfrau Elisabeth Popp aus Nürnberg nach dreitägiger Verhandlung vom Schwurgericht Nürnberg zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Von den 29 Mitangeklagten wurden zwei freigesprochen, die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu fünf Monaten verurteilt.

Im Streit erschossen.

Ein Polier, der mit einem Mühlenbesitzer in Streit lebte, traf auf der Fahrt nach Nieder-Marsberg bei Hagen den Sohn des Mühlenbesitzers auf einem Fuhrwerk. Im Vorbeifahren schlug der Polier den Müllerssohn mit einem Stock auf den Kopf, worauf der Müllerssohn auf den Davonfahrenden einen Revolverschuß abgab, durch den der Polier sofort getötet wurde.

Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch,

der den französisch-südslawischen Vertrag unterzeichnen wird. Die faschistische Presse tobt und beschuldigt Paris, bewußt antiitalienische Politik zu treiben.

Der Minister und Gesandte als angeblicher Landesverräter.

Der Prozeß gegen den früheren Außenminister Estlands, Birk, hat weit über die Grenzen seines Landes hinaus Aufsehen erregt. Birk, der lange Zeit als Außenminister seines Landes wirkte, war dann Gesandter in Moskau. Durch persönliche Beziehungen zu einer bildschönen Sowjetspionin geriet Birk in den Verdacht des Landesverrats, der durch seine Weigerung, zur Aufklärung in sein Land zurückzukehren, noch verstärkt wurde. Er veröffentlichte in der Sowjetpresse Enthüllungen über das Revaler Außenministerium und kehrte erst lange nach erfolgter Entlassung in sein Land zurück, wo er jetzt vor Gericht gestellt wurde.

Ehebruchstragödie.

Dienstag wurde in Milspe (Kreis Hagen) der Gewerkschaftssekretär Düren von dem im gleichen Hause wohnenden Arbeiter Hiller aus Eifersucht durch fünf Revolverschüsse schwer verletzt. Auf dem Wege zum Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen.

Großstadt Herne in Westfalen?

Die Stadt Recklinghausen trägt sich mit der Absicht, ihre Selbständigkeit aufzugeben und zwar zugunsten einer Großstadt Herne-Castrop-Wanne-Eickel-Herten, die 300 000 Einwohner haben würde. Diesbezügliche Verhandlungen sollen schon im Gange sein. Der Oberbürgermeister von Herne habe seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß Castrop-Rauxel hinzugezogen würde und daß der neue Amtssitz nach Herne komme. Der Oberbürgermeister von Recklinghausen soll damit einverstanden sein, daß der Amtssitz nach Herne kommt.

Eine Hundertsechsjährige.

In Emden bei Lüneburg konnte eine Frau ihren 106. Geburtstag in völlig körperlicher Rüstigkeit begehen. Der ärztliche Befund hat bei ihr ergeben, daß noch keine Spur von Arterienverkalkung vorhanden ist.

Tragödie einer unehelichen Mutter.

Vor dem Schwurgericht Rostock hatte sich ein 19jähriges Mädchen aus dem mecklenburgischen Dorf Volkenshagen wegen Kindestötung zu verantworten. Sie war voll geständig, ihr am 28. August heimlich und ohne jeden Beistand geborenes uneheliches Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Wie das auf dem Lande, wo jede geistige Erholung für die schwerarbeitenden, armen Volksschichten fehlt, häufig zu beobachten ist, suchte das junge, unerfahrene Ding, das seit der Konfirmation bei fremden Leuten arbeiten mußte, seine Zerstreuung auf sexuellem Gebiet. Noch ehe sie sich verlobte, hatte sie mit verschiedenen Männern Verkehr. Er blieb nicht ohne Folgen, sie offenbarte sich aber niemanden. Sie kaufte zwar Abtreibungsmittel, nahm sie aber aus Furcht vor körperlicher Schädigung nicht ein. Sie rechnete mit der Entbindung auf Mitte oder Ende September und wollte dazu in die Frauenklinik in die Stadt gehen. Bis zum 28. August verrichtete das Mädchen Ernte- und Hausarbeit. Es war an einem Sonntag, als sie heftige „Magenschmerzen“ bekam, die sie vergebens mit einer Wärmeflasche zu beheben suchte. Drei Viertelstunden später war das Kind da. Niemand im Hause hatte davon etwas gemerkt. Der Vater hatte einst gedroht, ihr alle Knochen im Leibe zu zerschlagen, wenn sie ihm je ein Kind brächte; der Verlobte wußte nichts von der Schwangerschaft, der Aufenthalt des wirklichen Vaters war ihr unbekannt. Also tötete sie das Kind unmittelbar nach der Geburt durch Würgen, durch Scherenstiche und durch Schläge mit der Faust auf den Kopf. Am anderen Morgen vergrub sie die kleine Leiche im Garten und ging zur Arbeit. Auf Grund einer anonymen Anzeige wurde sie verhaftet. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Gefängnis.

Das Langenbacher Eisenbahnunglück.

Der Prozeß um das Eisenbahnunglück bei Langenbach hat im Laufe der Mittwochsverhandlung so viel ergeben, daß außer den Vorwürfen gegen den Angeklagten, Rottenmeister Förtsch, mindestens mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß schadhafte oder sonstige nicht geeignete Wagen Schuld an dem Unglück sind. Ein Arbeiter hat erklärt, es seien nicht genügend Verschlüsse dagewesen, was wichtig ist für die Frage, ob die Arbeitsrotten von der Leitung immer genügend Sicherungsmaterial erhalten haben. Daß ein Wagen des herankommenden Zuges stark schaukelte, haben die meisten Untergebenen von Förtsch gesehen. Es handelt sich um einen dreiachsigen preußischen Dritterklassewagen, der nach einer Annahme infolge der starren Anordnung seiner Achsen das Unglück mitverschuldet haben soll. Die Mangelhaftigkeit des Wagens wird von einigen Insassen bestätigt. Es habe schon unterwegs mehrmals ungewöhnliche schlagartige Stöße gegeben, und ein Passagier hat kurz vor dem Unfall, während der Wagen anscheinend nicht auf dem Gleise blieb, plötzlich ein merkwürdiges Schwanken wie bei einem Zusammenstoß erlebt, wobei der Zeuge abwechselnd nach vorwärts und rückwärts geworfen wurde. Allerdings bestreitet der Zugführer des Unglückszuges, daß der Wagen irgendwie in schlechtem Zustand gewesen sei. Die Gutachten der Sachverständigen widersprechen sich vollkommen. Der Vertreter der Reichsbahn, Reichsbahnrat Haager, erklärt, die Festlegung der Weichenzunge durch eine Schraubenzwinge sei unsachgemäß und absolut ungeeignet. Die Zwinge sei zudem verbogen gewesen und habe daher den Schlägen des Zuges nicht mehr widerstanden. Der Unfall wäre in solchem Ausmaß nicht eingetreten, wenn Förtsch die Signalvorschriften befolgt hätte. Der unruhige Gang des Wagens sei vollkommen ausgeschlossen. Das Unglück sei aber nicht eine absolute Folge der Unterlassungen des Förtsch. Es handele sich um eine Verkettung von unglücklichen Umständen, wie sie sich in dieser Art noch nicht zugetragen haben.

Günstig für Förtsch war die Aussage des zweiten Sachverständigen, Professor Halter, von der Technischen Hochschule München. Er erklärte, die Spindel der Schraubenzwinge könne nicht verbogen gewesen sein, denn sonst hätte sie sich überhaupt nicht festlegen können. Es liege kein 100prozentiger Beweis dafür vor, daß die Ursache der Entgleisung die Zwinge sei. Förtsch habe so sorgfältig, wie ihm nach seinen Kenntnissen möglich gewesen sei, gearbeitet. Daß die Verwendung der Schraubenzwinge nicht gewirkt habe, wisse man heute, Förtsch aber habe es nicht wissen können. Sein Verhalten verrät gewiß Unkenntnis, aber keine Fahrlässigkeit. Die Größe des Unglücks sei durch die hohe Geschwindigkeit des Zuges verursacht worden. Aber die verschiedenen Vorschriften über das Langsamfahrenlassen besagten fast alle nur, wie das Langsamfahren zu bewirken sei, aber nicht, wann und in welcher Lage. Die eine entscheidende Vorschrift enthalte einen Widerspruch; sie sei auslegbar. Bei absolutem Kadavergehorsam hätte Förtsch die Signalzeichen sicher ausgestellt. Er habe sicher gegen die Vorschriften verstoßen, aber es treffe ihn nicht der Vorwurf der Fahrlässigkeit. — Das Urteil erfolgt am Donnerstag.

Drei Schiller-Preisträger.

Die zur Verteilung des Schillerpreises eingesetzte Kommission hat dem preußischen Staatsministerium als gemeinsame Träger des Preises die Dichter Hermann Burte, Fritz v. Unruh und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesem Vorschlag entsprochen. Der Kommission gehörten an: Dr. Ludwig Fulda, Dr. Gerhart Hauptmann, Friedrich Kayßler, Dr. Heinrich Lilienfein, Walter von Molo, Universitätsprofessor Dr. Julius Petersen und Wilhelm v. Scholz.

Robert der Nägelstreuer.

Kurz vor der Abhaltung der Motorrad-Rennen auf dem Riederberg bei Wien am 10. Oktober war die Rennstrecke mit spitzen Nägeln bestreut. Nur durch einen Zufall wurde diese Schandtat noch rechtzeitig entdeckt. Jetzt steht der Täter in der Person des bekannten und auch erfolgreichen Rennfahrers Robert Jellinek fest. Er hat eingestanden, die Rennstrecke in der vorangegangenen Nacht mit Nägeln bestreut zu haben, was für die Teilnehmer am Rennen leicht von schweren Folgen sein konnte. Das Motiv war Aerger darüber, daß das Rennen ohne Jellinek und einige andere „Sportsfreunde“, die nach einem Streit aus dem Rennverband ausgeschieden waren, doch abgehalten werden sollte.

Bootsunglück auf der Donau.

Ein mit Kohlen beladenes Boot, auf dem sich fünf Matrosen befanden, kenterte Montag nachmittag bei Budapest auf der Donau. Drei Matrosen wurden gerettet, zwei ertranken.

Verhaftung Wiener Wertpapierfälscher in Paris.

In Paris sind ein Wiener Bankier namens Blumenstein und zwei Helfershelfer, die falsch abgestempelte ungarische Wertpapiere nach Frankreich eingeschmuggelt haben sollen, verhaftet worden. Die ungarische Regierung ist von der Verhaftung in Kenntnis gesetzt worden und hat bei der französischen Justiz Klage erhoben.

Untergang eines spanischen Fischerbootes.

In der Nähe von Vigo ist ein spanisches Schleppnetzfischerboot gesunken. Neun Mann von der Besatzung ertranken, die übrigen drei konnten gerettet werden.

Luftverkehrsstation Liverpool?

Es soll geplant sein, in Liverpool eine wichtige Luftverkehrsstation zu eröffnen, die mit dem ganzen Luftverkehrsnetz Europas verbunden werden soll. Die deutsche Junkersgesellschaft soll sich bereit erklärt haben, einen Probedienst von allen Teilen des Kontinents nach Liverpool zu erwägen. In diesem Dienst würde eingeschlossen sein ein Verbindungsverkehr zwischen den in Liverpool einlaufenden atlantischen Dampfern und den Stationen des Kontinents, für die Passagiere und Post bestimmt sind.

Nächtlicher Brand im Waisenhaus.

In einem Waisenhaus des nordamerikanischen Staates New Jersey war nachts plötzlich Feuer ausgebrochen. Als eine Schwester erwachte, hatte der Brand schon ziemliche Ausdehnung angenommen. Mit Hilfe der Schwestern konnten achtzig der schlafenden Kinder gerettet werden; nur drei Knaben im Alter von drei Jahren sind in den Flammen umgekommen. Besonders hervorgetan hat sich eine der Schwestern, die eine große Zahl der Kinder über die bereits brennenden Balken rettete und sich dabei schwere Brandwunden an den Füßen zuzog. Der Schlafsaal wurde vom Feuer vollkommen zerstört.

Eine japanische Erfindung auf dem Gebiete des Flugwesens.

Zwei Professoren von der Universität Tokio sollen ein Mittel entdeckt haben, das ermöglicht, daß Flugzeuge mit verlangsamter Geschwindigkeit aufsteigen und landen können.

Die erste Literaturhistorikerin an einer reichsdeutschen Universität.

Dr. Melitta Gerhard.

Fräulein Dr. Gerhard, eine Tochter der Dichterin Adele Gerhard, hat sich als erste [illegible] für neuere deutsche Literaturgeschichte an der Kieler Universität habilitiert. Ihre Habilitationsschrift behandelt den „Deutschen Entwicklungsroman bis zu Goethes Wilhelm Meister“, ihre Antrittsvorlesung die „Wandlung des Schillerbildes in unserer Zeit“.

Aus Schlesien.

Herbstmanöver im Glatzerland.

Nicht von der Reichswehr, sondern von der Reichsbahn —

Die Deutsche Reichsbahn hat bekanntlich in ihrer Sorge um die Sicherheit der Reisenden und die glatte Abwicklung des Verkehrs eine sehr großzügige, von den bösen Sozialdemokraten vielfach verkannte Organisation, genannt „Bahnschutz“, aufgebaut, die für das Jahr 1927 mit nicht weniger wie 1 254 500 Mark im Etat der Reichsbahn-Hauptverwaltung zu Buche steht. Die Reichsbahndirektion Breslau ist mit nicht weniger wie 168 000 Mark an dieser Summe beteiligt und hat damit den Vorrang vor allen übrigen Direktionen im Reich, die nur (!) je 11 000 und 90 000 Mark diesem produktiven Zwecke widmen. Wie dieses Geld verwendet wird, zeigt folgende uns aus Habelschwerdt vorliegende Meldung:

Ein ebenso interessantes wie großzügig ausgeführtes Eisenbahnmanöver war bei der Neissebrücke in Krotenpful veranstaltet worden, an dem sowohl der Eisenbahnpräsident aus Breslau, der Präsident der O.P.D., Vertreter der Sicherheitspolizei und die Spitzen der Behörden teilnahmen. Ein Teil der Eisenbahnbrücke war abgebrochen worden, und um sie wieder verkehrsfähig zu machen, erschien in Richtung Habelschwerdt ein Panzerzug, und in einem Extrazug aus Breslau der gesamte Bahnschutz. Die Uebung hatte einen überaus lehrreichen Charakter.

* * *

Wir bezweifeln es nicht, daß die Uebung einen „überaus lehrreichen Charakter“ hatte. Sie lehrte nicht nur, wie man kaputte Eisenbahnbrücken mit Hilfe bewaffneter Mannschaften und eines Panzerzuges — wozu man sich taktvoller Weise ein Gelände in nächster Nähe der Grenze aussucht — repariert, sondern auch, wie man das Geld des reisenden Publikums bei der deutschen Reichsbahn nutzbringend zu verwenden versteht. Es gibt zwar Reisende, die meinen, man könne die Betriebssicherheit der deutschen Bahnen durch bessere Bezahlung und kürzere Arbeitszeit der Bediensteten verbessern — aber das sind natürlich Sozialdemokraten, Leute, denen jeder Sinn für die Erhabenheit einer solchen Schaustellung vor den „Spitzen der Behörden“ abgeht.

Wohnungsbau in Oberschlesien.

Eine Orientierungsfahrt der Presse.

In unserem Hindenburger Bruderblatt lesen wir:

Die oberschlesische „Wohnungsfürsorge-Gesellschaft“ steht bereits seit längerer Zeit im Streit der öffentlichen Meinung. Erst bei der letzten größeren Zentrumskonferenz zum Beispiel, die vor wenigen Tagen in Oppeln stattfand, wurde nach Zeitungsberichten recht heftige Vorwürfe gegen die „Woso“ erhoben, unter anderem der immer wiederkehrende Vorwurf, daß die Wohnungsfürsorge viel zu teuer baue.

Es ist verständlich, daß schon an sich eine gemeinnützige Gesellschaft, die dazu noch vom Staat, von der Provinz und von den Kommunen getragen wird, den größten Unwillen aller Privatunternehmer erregt. Bedenkt man jedoch dazu noch, daß die Wohnungsfürsorge sich insbesondere um die Betreuung der Bauausführung und um die Finanzierung der Bauten kümmert, so findet man es durchaus selbstverständlich, daß die privaten Bauunternehmer, die einem nicht fachkundigen Bauherrn alle möglichen Materialien und alle möglichen Preise aufdrehen können, darüber ungehalten sein müssen, daß eine offizielle Stelle sowohl die Preise niedrig hält, als auch für eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende, möglichst gute Ausführung sorgt. Diese Tatsache muß aber allen Kreisen, denen die schnelle und gute Behebung der Wohnungsnot am Herzen liegt, ein Hinweis mehr dafür sein, privaten Klagen über die Wohnungsfürsorge nicht ohne Nachprüfung sofort Glauben zu schenken.

Auch die Frage der Mietenbildung ist bekanntlich umstritten. Es genügt ja heute nicht mehr, einfach Wohnungen zu erstellen. Wesentlicher ist, daß diese neuen Wohnungen zu halbwegs erträglichen Preisen gemietet werden können. Die schönsten und saubersten Wohnhäuser nützen nicht einen Pfifferling, wenn es der breiten Masse der Bevölkerung unmöglich ist, die Mieten dafür zu bezahlen. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft trifft bei der Festsetzung der Mieten keine Schuld. Die Miethöhe ergibt sich zwangsläufig aus dem Zinssatz der zur Verfügung stehenden Baugelder. Trotz dieser möglichen Einwände hat die Wohnungsfürsorge in den wenigen Jahren ihrer Tätigkeit bereits außerordentlich viel in Oberschlesien geleistet. Wenn man bedenkt, daß heute nahezu 90 Prozent aller Bauten in Oberschlesien — nicht nur Wohnungsbauten, sondern auch Rathäuser, Turn- oder Jugendhallen und sogar Kirchen — von der Wohnungsfürsorge durchgeführt oder zum mindesten betreut werden, so ist das doch gegenüber den Vorkriegsjahren schon ein großer Fortschritt. (Ob diese Bauten allerdings in den Rahmen einer gemeinnützigen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft fallen, muß doch sehr fraglich erscheinen. Red.)

Nicht nur im Industriegebiet und in den Kreisstädten, sondern auch auf dem flachen Lande hat die Wohnungsfürsorge ein weites Feld der Betätigung gefunden. Die oberschlesische Presse hatte in diesen Tagen bei einer Besichtigungsfahrt der Kreise Guttentag, Rosenberg und Kreuzburg Gelegenheit, einmal die bisherigen Ergebnisse der Bautätigkeit in den Landkreisen in Augenschein zu nehmen.

Schon in Oppeln bei der Abfahrt konnte man ganze Stadtviertel sehen, die von der Wohnungsfürsorge errichtet waren und die einen recht erfreulichen Eindruck machen, vor allem, wenn man ihnen den miserablen Zustand so vieler Oppelner Altwohnungen gegenüberstellt. Auffällig ist der überaus große Mangel an geeigneten Bauplätzen, der in Oppeln herrscht. Nach einer Fahrt durch den Landkreis Oppeln, wo in diesem Jahre nicht weniger als 98 Hauszinssteuerwohnungen von der Wohnungsfürsorge errichtet wurden, sah man in Malapane einen größeren Siedlungsblock am Waldrande, den die „Woso“ für die Malapaner Hütte errichtet hatte. In Hossowitz werden unmittelbar an der Bahnstrecke Eisenbahnersiedlungen errichtet, die mit ihren Zweifamilienhäusern sehr sauber und geschmackvoll wirken. In Zawadzki ist die Wohnungsnot genau so drückend wie im Industriegebiet selbst. Hier hat die Wohnungsfürsorge bisher 45 Wohnungen erstellt. Ein größeres Bauprogramm ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen. Auch die Platzfrage macht in Zawadzki große Schwierigkeiten. Es war der Wohnungsfürsorge nur dadurch möglich, Bauplatz zu erhalten, daß sie sich den Oberschlesischen Hüttenwerken gegenüber bereit erklärte, im nächsten Jahr auch eine Reihe von Stahlbauten zu errichten. Die Wohnungsfürsorge wird also auch auf diesem neuesten Gebiet des Wohnungsbaues wertvolle Erfahrungen sammeln können.

Ueber Rinder ging es dann nach Guttentag. Unterwegs sah man immer wieder Eigenheime und vor allen Dingen Landarbeiterwohnungen. Gerade auf dem Gebiete des Landarbeiterwohnungsbaues hat die Wohnungsfürsorge im letzten Jahr eine außerordentliche Aktivität an den Tag gelegt. Mit allen Mitteln mußten die Großagrarier bearbeitet werden und noch heute fehlt in vielen Kreisen die Einsicht, daß auch der Landarbeiter erträgliche Wohnverhältnisse haben muß. Während in einigen Kreisen, vor allem in Neisse und in Kreuzburg, schon ganz gut gearbeitet wird, und die Großagrarier auch von [illegible] lassen, muß in anderen Kreisen der Landarbeiterwohnungsbau gegen den schärfsten Widerstand des Großgrundbesitzes durchgeführt werden. Die Frage der Finanzierung ist für die Landarbeiterwohnungen besonders schwierig.

In Rosenberg hat die Rosenberger [illegible] wertvolle Arbeit mit Unterstützung der „Woso“ geleistet. Am Rande der Stadt ist ein [illegible], für den die „Woso“ jetzt auch eine Bäckerei errichtet. Selbst der neue Wasserturm von Rosenberg wird in der Regie der Wohnungsfürsorge gebaut. Derselbe Eifer [illegible] im Kreise Kreuzburg bemerkbar, wo nicht nur in der Kreisstadt selbst, sondern in noch viel stärkerem Maße in den kleinen Landstädten Konstadt und Pitschen überall die Arbeit der Wohnungsfürsorge im Stadtbild sichtbar wird.

Die Wohnungsfürsorge Oberschlesien hat in diesen Gegenden, die allgemein für höchst rückständig und kulturlos gelten, ein großes Stück Kulturarbeit geleistet, ohne daß sie viel davon reden machte. Es wäre nur zu wünschen, daß die gemeinnützige Arbeit der „Woso“ — vor allem, soweit sie sich auf den Bau von Landarbeiterwohnungen erstreckt — bei allen Kommunalbehörden Oberschlesiens, insbesondere bei den Kreisen die notwendige, ideelle und materielle Unterstützung findet. Es ist zum Beispiel unerhört, wenn man sich sagen lassen muß, daß zum Beispiel der Kreis Gleiwitz, der doch bezüglich des Wohnungsbaues auch nicht glänzend dasteht, im Gegensatz zu einer großen Zahl anderer oberschlesischer Kreise es abgelehnt hat, durch einen kurzfristigen Kredit den Bau von Landarbeiterwohnungen forcieren zu helfen.

Stille Teilhaber.

Innerhalb drei Jahren ein halbes Warenhaus gestohlen.

Im Laufe der letzten Monate mußte der Besitzer des Kredithauses Deutsch in Waldenburg, Gottesberger Straße, feststellen, daß seine Warenbestände geradezu erschreckend abnehmen, während andererseits die Einnahmen immer mehr zurückblieben. Erst im September dieses Jahres kam Licht in das Dunkel. Man beobachtete nämlich, daß der Berghauer Alois Hoheisel aus Ober-Waldenburg, ein Schwiegersohn der bei der Firma Deutsch beschäftigten Frau Ida Renetzki, gerade mehrere Möbelstücke aus dem Lager transportierte, angeblich, um seiner Schwiegermutter, welcher der Transport der gekauften Möbel an die Kunden oblag, zu helfen. Die Firma hatte jedoch keine Ahnung der von Hoheisel abtransportierten Sachen, man verfolgte die Angelegenheit weiter und kam dahinter, daß die 56 Jahre alte Frau Renetzki seit drei Jahren einen schwunghaften Handel mit den bei der Firma Deutsch gestohlenen Möbeln und anderen Haushaltungsgegenständen betrieb. Ihre Helfershelfer waren der erwähnte Hoheisel und ein Arbeiter Seifert aus Waldenburg. Der Kundenkreis dieser drei erstreckte sich über den ganzen Kreis Waldenburg. Sie lieferten Stoffe, Kleidungsstücke, Gardinen, Möbel, Korbmöbelgarnituren, Bettbezüge, Feder- und Auflegematratzen, ja überhaupt alles, was zur Einrichtung einer Wohnung gehört. Jetzt standen die Drei vor dem Großen Schöffengericht in Waldenburg, wo sich herausstellte, daß sie oftmals sogar unter den Augen der Geschäftsinhaber den Transportwagen mit einem Viertel bestellter und drei Viertel gestohlener Ware beladen haben. Es wurden insgesamt für mehrere Tausend Mark Ware entwendet. Die nicht sofort verkauften Gegenstände stellte man bei der Frau Renetzki ein, die bei der Entdeckung bald ein größeres Warenlager hatte als die bestohlene Firma.

Da die Angeklagten noch nicht vorbestraft waren, fanden sie milde Richter und so wurde Frau Renetzki zu sechs Monaten, Hoheisel und Seifert zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Den letzten beiden Verurteilten wurde bei Zahlung einer Geldbuße Bewährungsfrist zugebilligt.

Rücktritt des Kattowitzer Stadtpräsidenten.

Wie WTB. aus zuverlässiger Quelle erfahren will, ist die Pensionierung des Kattowitzer Stadtpräsidenten Dr. Gornik beschlossene Sache. Dr. Gornik hat allerdings nach einem sechswöchigen Urlaub seinen Dienst wieder angetreten, doch zwingen ihn, wie offiziell begründet ist, Gesundheitsrücksichten zur Niederlegung seines Amtes. Die tatsächlichen Gründe für seinen Rücktritt sind aber zweifellos nationalpolitischer Natur, denn es ist kein Geheimnis, daß die nationalistischen Kreise Ostoberschlesiens mit der objektiven Haltung des Stadtpräsidenten gegenüber der deutschen Minderheit schon seit langem unzufrieden sind.

Wüstegiersdorf. Neue Typhuserkrankungen werden aus dem benachbarten Dertchen Donnerau gemeldet. Von der tückischen Krankheit wurden vier der Ortseinwohner befallen. Während drei der erkrankten Personen ins Karolinenstift eingeliefert wurden, ist die erkrankte Wirtschafterin des Pfarrers Gebel, Marie Gröger, gestorben. Ueber die Entstehungsursache schweben zurzeit die verschiedensten Gerüchte, doch ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Entstehung auf das Flußwasser von Reimswaldau herrührt.

Nieder-Salzbrunn. „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ Vom Waldenburger Schöffengericht wurde der Bäckermeister Anton Just zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte dem Gemeindevorsteher in Briefen an die Regierung vorgeworfen, dieser habe Wohnungen verschoben, um dadurch persönliche Vorteile zu erlangen. Der Angeklagte konnte auch nicht das Geringste seiner Behauptungen beweisen und wurde aus diesem Grunde zu der oben erwähnten Strafe verurteilt.

Weißstein. Opfer der Straße. Die vor einigen Tagen zusammen mit einer anderen Frau auf der Hauptstraße überfahrene Ehefrau des Handelsmannes Wiehmert ist nunmehr ihren Verletzungen erlegen. Inwieweit dem Chauffeur des Autos die Schuld an dem Unfall beizumessen ist, bleibt bis Abschluß der Untersuchung abzuwarten.

Nieschwitz. Durch eine Sprengpatrone schwer verletzt. Die beiden Knaben Erich und Willi Ulrich spielten in Abwesenheit der Eltern in der Wohnung mit einer Sprengpatrone, die sie auf der Straße gefunden hatten. Die Patrone explodierte und brachte den beiden Kindern, die von Nachbarn sofort ins Knappschaftslazarett geschafft wurden, schwere Verletzungen bei.

Rosenthal, Kreis Habelschwerdt. Aus Armut in den Tod gegangen. Aus dem Gutsteich des Besitzers Stumpf wurde der im benachbarten Batzdorf (Tschechoslowakei) wohnende Scherenschleifer Vogel als Leiche gelandet. Wie die Ermittelungen ergaben, hat der im Greisenalter stehende Mann aus Verzweiflung über seine bittere Armut, in der er leben mußte, den Tod gesucht.

Schlegel. Starke Schäden durch Grubenbrüche. Unter den immer wieder auftretenden Grubenbrüchen, die auf alte Abbaue der ehemaligen Frischauf-Grube in Eckersdorf zurückzuführen sind, haben die hier gelegenen Besitzungen stark zu leiden. [illegible] wurde die Besitzung von Strangfeld in Kolonie Wiesenthal. Decken und Wände sind stark eingerissen, und bei einer Neuerschütterung wurde durch herabfallende Stücke aus der Decke der Sohn des Besitzers im Schlaf am Gesicht und Arm schwer verletzt.

[illegible]. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit in den Tod. Der 44 Jahre alte Expedient H., der bisher bei der Textilfirma Meißner & Frahne beschäftigt war, hatte die Entlassungspapiere erhalten. Das nahm sich H. so zu Herzen, daß er sich durch Leuchtgas vergiftete.

Hindenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In den letzten Tagen häufen sich die Todesfälle auf den Hindenburger Gruben in einem erschreckenden Umfang. Am Mittwoch verunglückten der Fördermann Paul Marschallek aus Biskupitz, [illegible]straße, auf der Konkordiagrube und der Tagearbeiter Walter Belitz aus Borsigwerk auf der Hedwigwunschgrube tödlich.

Kattowitz. Nach der Krankenkassenwahl. Der Protest der polnischen Parteien gegen die Gültigkeit der Krankenkassenwahlen am 9. Oktober ist vom Versicherungsamt Kattowitz abgelehnt worden. Die deutsche Liste ist damit für gültig erklärt worden.

[illegible]. Beabsichtigte Neuerleichterungen. Wie verlautet, beschäftigt sich das Ministerium des Innern mit der [illegible] der [illegible] mit einmonatiger Gültigkeit und eine oder mehrmaliger Grenzübertrittsberechtigung sollen 25 Zloty kosten, Pässe für längere Zeit 200 Zloty. Diese Vorschläge sind vorläufig aber als Erwägungen zu werten.

Kattowitz. Die kommissarische Stadtvertretung beginnt ihre Arbeit. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung der kommissarischen Stadtvertretung am Donnerstag nachmittag steht die Einführung der neuen Mitglieder, Bildung des Stadtbüros der Stadtvertretung, Wahl des Vorberatungsausschusses, Wahl der Mitglieder für das Kuratorium der Sparkasse sowie die Bestätigung des neugewählten technischen Magistratsrates.

Kochlowitz, Kr. Kattowitz. Banditenüberfall. In der Nacht zum Dienstag wurde an der Neudorfer Straße der Fleischer Wagner von fünf Banditen überfallen. Die Räuber fesselten Wagner an Händen und Füßen und schlugen so lange auf ihn ein, bis er bewußtlos zusammenbrach. Nachdem sie ihm die Geldtasche mit 1700 Zloty geraubt hatten, warfen sie ihn in einen an der Straße gelegenen Steinbruch. Wagner wurde später in hilflosem Zustand und mit schweren Verletzungen auf der Landstraße aufgefunden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

Kattern. Sonnabend, den 12. November, abends 7½ Uhr bei Gürtler in Kattern Mitgliederversammlung. Da wichtige Sachen zu besprechen sind, haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Opperau. Sonntag, den 13. November, 15 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Klein-Gandau. Sonnabend, den 12. November, Revolutionsfeier in Klein-Masselwitz, „Zur Hummel“. Zur Aufführung gelangen Theater, Festrede von Genossen Schiffer, Glücksrad und Tanz.

Rosenthal. Unsere Revolutionsfeier findet am Sonnabend, den 12. November, abends 8 Uhr, in den Metropol-Sälen statt. Als Redner erscheint Genosse Rektor Gabriel. Sorgt für guten Besuch.

Masselwitz. Am Sonnabend, den 12. November, feiert die Ortsgruppe Klein-Gandau in Masselwitz ihre Revolutionsfeier. Redner Genosse Schiffer. Alle Parteimitglieder müssen teilnehmen.

Steine. Am Sonnabend, den 12. November, nehmen alle Republikaner an der Revolutionsfeier im Lokal Grocholl teil. Redner Genosse Jüttner.

Neumarkt. Wochenbericht des Kreisarbeitsnachweises Neumarkt vom 27. Oktober bis 2. November. Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Berichtswoche wenig geändert. In der Landwirtschaft ist für die nächste Zeit mit einer Besserung nicht zu rechnen. Ledige Kräfte bleiben gesucht. Verheiratete sind genügend vorhanden, die Nachfrage nach solchen hat jedoch nachgelassen. Für Außenarbeiten wurden weiter angefordert von der Bahnmeisterei Dyhernfurth für Baustelle Kniegnitz 15 Streckenarbeiter, für den Bahnbau Maltsch-Koitz 30 Arbeiter, für Grabenregulierungsarbeiten von der Firma Richter & Co., Breslau, für Baustelle Sadewitz—Schmolz 25 Arbeiter. Die angeforderten Kräfte können nicht gestellt werden, da Arbeitsuchende aus der näheren Umgebung nicht vorhanden sind. Eine Vermittlung anderer Arbeitskräfte kommt nicht in Frage, weil diese einen doppelten Haushalt zu führen gezwungen wären und dabei ein Existenzminimum nicht finden könnten.

Achtung! Auf die heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saale „Zum Gelben Löwen“ stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung sei nochmals hingewiesen. Es spricht Gauleiter Kollege Clement-Breslau. Tabakarbeiter, sorgt für Massenbesuch!

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 3. November 1927.

Der Auftrieb betrug: 942 Rinder, 964 Kälber, 588 Schafe, 3267 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren: 12 Rinder. — Kälber, 107 Schafe, 70 Schweine.

	Stück	Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Mark
I. Rinder.	964 Stück	
A. Ochsen:	77 „	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere		53—56
2. ältere		53—56
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		40—46
2. ältere		40—46
c) fleischige		25—30
d) gering genährte		—
B. Bullen:	241 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		54—58
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		43—48
c) fleischige		38
d) gering genährte		
C. Kühe:	503 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		51—54
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		38—42
c) fleischige		26—30
d) gering genährte		15—20
D. Färsen (Kalbinnen):	115 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		53—57
b) vollfleischige		41—46
c) fleischige		33—37
E. Fresser:	18 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh		40—45
II. Kälber.	964 Stück	
a) Doppelter bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		74—80
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		63—68
d) Geringere Kälber		50—55
III. Schafe.	495 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		55—58
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		
c) Fleischiges Schafvieh		42—47
d) Geringgenährtes Schafvieh		30—38
		—
IV. Schweine.	3037 Stück	
a) Fettschweine über 150 Kilo (3 Zentner) Lebendgewicht		67—68
b) vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.		65—67
c) „ „ „ „ 200—240 „		63—65
d) „ „ „ „ 160—200 „		60—62
e) fleischige „ „ „ 120—160 „		54—56
f) „ „ unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen		55—58

Geschäftsgang: Kälber gut, sonst mittel. Holsteiner und Husumer Vieh über Notiz.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Breslauer Produktenbörse vom 9. November.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 9. November 1927 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide: Brotgetreide etwas freundlicher. — Delsaaten: Matt. — Mehl: Abwartend.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg).

Getreide:	9.	8.	Delsaaten:	9.	8.
Weizen 74 kg)	26,20	26,20	Winterraps*	33,00	—,—
Roggen 71 „)	26,00	26,00	Leinsamen*	36,00	—,—
Hafer	[illegible]	[illegible]	Senfsamen*	22,00	—,—
Sommergerste, mitt.	[illegible]	[illegible]	Hanfsamen*	—,—	—,—
Braugerste*	25,00	26,00	Blaumohn*	73,00	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	22,00	22,00			

* Mittlere Art und Güte.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	9.	8.		9.	8.
Weizenmehl	37,00	37,00	Auszugmehl	42,00	42,00
Roggenmehl	36,00	36,00			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feinere Sorten werden höher bezahlt.